

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

159 (11.7.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatl. 2,70 M. Zugestellt durch unsere Träger 1 M., bezw. 8 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 8,12 M.; durch d. Feldpost 1,05 M. bezw. 3,05 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-7 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 451.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 S. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Im Zeichen der Krise.

Karlsruhe, 11. Juli.

Mit einem in der deutschen Politik ungewöhnlich raschen Tempo haben sich die Ereignisse in Berlin entwickelt. Noch ist das schließliche Resultat der in den letzten Tagen geführten Verhandlungen nicht klar zu erkennen. Immerhin steht fest, daß der Reichstag ernstlich gewillt ist, zu handeln und wenn nötig auch einzugreifen. Während bis wenige Tage vor dem Zusammentritt des Hauptausschusses wenigstens in den Kreisen der Regierung die Auffassung vorherrschte, daß sich die Tätigkeit des Reichstags im wesentlichen auf die Bewilligung des neuen 15 Milliardenkredits beschränken werde, machte sich am letzten Freitag plötzlich der Stimmungsumschwung bemerkbar. Die Schwenkung kam vom Zentrum, dem offenbar die in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes herrschende Stimmung nicht unbekannt geblieben ist. Im Gegensatz zu den Nationalliberalen hat das Zentrum stets Fühlung mit den breiten Massen seiner Wähler und es war deshalb kein Zufall, daß das Zentrum plötzlich nach links abwich. Die Tatsache, daß der bisherige sehr einflussreiche Zentrumsgesandte Lehrenbach, den man sicher nicht zu den Stürmern und Drängern rechnen kann, in noch schärferer Weise als sein Fraktionskollege Erzberger sich gegen den Amerikensfrieden und für die sofortige Inangriffnahme der politischen Neuordnung ausgesprochen hat, ist kennzeichnend für den starken Umwindung der Stimmung, wie sie sich in den letzten Monaten vollzogen hat. Zwar gibt es auch im Zentrum noch Anhänger des Amerikensfriedens, aber deren Einfluß ist merklich zurückgegangen, während gleichzeitig der Einfluß des demokratischen Flügels im Zentrum an Einfluß erheblich gewonnen hat. Allzulange haben sich die führenden bürgerlichen Politiker durch das Geschrei der alldeutschen Kriegsheter einschließen und in ihrer Stellungnahme zu dem Friedensproblem beeinflussen lassen. Die politische Ueberlegung und nüchterne Betrachtung der Situation hat aber schließlich über die Phantasterei den Sieg davon getragen. Man ist sich endlich klar darüber geworden, daß von einer militärischen Entscheidung des Krieges keine Rede mehr sein kann und erklärt sich bereit, sich auf eine Formel zu verständigen, die allen Zweifel über die Absichten des deutschen Volkes ausschließt.

Die diesbezüglichen Verhandlungen scheinen wenigstens zwischen der Sozialdemokratie, dem Zentrum und den Fortschrittlichen zu einer Verständigung geführt zu haben. Damit ist eine Mehrheit im Reichstag für diese Aktion gesichert.

Die Nationalliberalen dagegen scheinen immer noch sehr stark unter dem Einfluß der annexionsistischen Schwerindustrie zu stehen. Sie haben, wenn die Zeitungsnachrichten zutreffend sind, in ihrer letzten Fraktionsfassung sich in der Friedensfrage von der Mehrheit getrennt und zugleich ihr Mißtrauen gegen den Reichstanzler ausgesprochen. Darüber wird in den Kreisen der Alldeutschen und der politischen Scharfmacher eitel Freude herrschen. Es ist indessen kaum anzunehmen, daß diese Haltung der Nationalliberalen an dem weiteren Verlauf der Entwicklung etwas wesentliches ändern wird. Die Hauptsache ist, daß der Reichstag endlich den letzten Entschluß faßt, als politischer Nachbater aufzutreten und daß er den Mut findet, aus den Tatsachen die nötigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Wenn der von allen Völkern so heiß ersehnte Frieden baldigt herbeigeführt werden soll, dann müssen die Nebel zerstreut werden, die vor den Augen der Völker ausgebreitet wurden. Mit rücksichtsloser Energie muß die Wahrheit gesagt werden und die Wahrheit ist, daß wenn dem entsetzlichen Morden nicht bald ein Ende gemacht wird, der Krieg in einen Erschöpfungskrieg ausartet, dessen schließliches Resultat nichts anderes sein kann und wird, als ein wirtschaftlich und kulturell in Trümmer gelegtes Europa.

Diese Erkenntnis hat sich in den letzten Monaten in immer härterer Weise auch bei den bürgerlichen Parteien durchgesetzt. Sie bedeutet einen glänzenden Erfolg der von der Sozialdemokratie von allem Anfang an eingenommenen Haltung, denn das was die Herren Erzberger und Lehrenbach bei den Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstags vorgetragen haben, ist im Grunde genommen nichts anderes als eine Bestätigung der von der Sozialdemokratie bisher allein vertretenen Auffassungen.

Es ist kein Zeichen der Schwäche, wenn die Mehrheit des Reichstags sich jetzt zu den gleichen Auffassungen bekennt. Das deutsche Volk fühlt sich nicht zu schwach, um den Krieg bis zu einem seinen Lebensinteresse gerechtfertigten Frieden fortzuführen und unsere Feinde würden sich einer für sie höchst bedenklichen Rücksicht hingeben, wenn sie aus der Tatsache, daß das deutsche Volk zu einem Frieden der Verständigung sich bereit erklärt, den Schluß ziehen würden, daß wir am Ende unserer Kraft angelangt sind. Davon kann keine Rede sein. Der Wille, unser Vaterland bis zum äußersten zu verteidigen, ist ungeschwächt und er würde Wunder bewirken, wenn unsere Feinde es auf die Probe aufs Exempel ankommen ließen.

Die Gegner dieses Verständigungsfriedens bilden nur eine kleine Minderheit des deutschen Volkes. Sie sind es auch, die sich der politischen Neuordnung mit gestemtem Weinen in den Weg stellen. Nicht weil unsere Feinde davon sprechen, sondern weil es eine absolute Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk ist, muß die politische Neuordnung so rasch als möglich durchgeführt werden. Durchaus zutreffend schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Auf allen Seiten ist die Empfindung, daß nicht nur die Organisation eines einzelnen Verwaltungszweiges, nicht nur die Ernährungsorganisation oder die Kohlenversorgung verfaßt hat, sondern daß die Organisation des Staates uns in die gegenwärtige Lage hineingeführt hat und immer weiter führt. Das deutsche Volk hat seine politischen Geschäfte arg vernachlässigt, aber es hat in seinen nichtpolitischen Geschäften die härteste Urteilskraft, die beweglichste Intelligenz, den richtigsten Tatendrang gezeigt. Es war in hohem Maße bedenklich, ein solches Volk auf die Dauer von jeder Mitregierung, jeder Mitverantwortung auszuschließen, es von oben herab, obri-

geilich, bürokratisch regieren zu wollen, es ganz wie die Kaiser einer ferneren Vergangenheit vor einer verflochtenen goldenen Tür gebärdig auf die Männer und die Schicksalsprüche haren zu lassen, die man ihm schickt. In einer schweren Krise, wie wir sie durchleben, muß jeder im Volke sich stolz als ein selbständiger Teilhaber der staatlichen Gesellschaft fühlen, muß er wissen, daß von ihm gewählte Vertrauensmänner, die er morgen fortschicken kann, die Verwalter seines Gutes sind, und daß er, der frei einhergehende Staatsbürger, sich Glück und Unglück selber mitgeschaffen hat. Wenn ihm alles aus einer unsichtbaren, unkontrollierbaren Verborgenheit auferlegt wird, dann muß der Augenblick kommen, wo er vor der verflochtenen goldenen Tür das Mißverhältnis einer solchen Machtverteilung begreift.“

Es gibt jetzt kein Zurück mehr, denn nur ein neues System des Regierens gibt dem deutschen Volke die Garantie, daß das Reich über die erste Zeit ohne schwerste Erschütterungen und Schäden hinwegkommen wird.

Stärkerer Artilleriekampf im Westen. — Gutes Ergebnis der Luftstreitkräfte im Juni.

Deutscher Tagesbericht.

WZ. Großes Hauptquartier, Antlich, 10. Juli 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern erreichte der Artilleriekampf an der Küste, im Abschnitt von Ypern und südlich von Westschote größere Stärke als in den Vortagen. Ein Vorstoß englischer Infanterie südwestlich von Holbeke wurde zurückgewiesen. Auch nordöstlich von Meines, bei Lens und Fresnoy, sowie nordwestlich von St. Quentin spielten sich Erkundungsgeschechte ab.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Längs der Chemin des Dames nahm abends das Feuer an Heftigkeit zu. Nachts wurden Teilangriffe der Franzosen südlich von Courtecon und südöstlich von Corny abgeschlagen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine besonderen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Riga, Dünaburg und Smorgon hat die Gefechtsintensität sich gesteigert.

Bei der Heeresgruppe des Generalobersten von Böhm-Ermolli.

Blieben die Russen zwischen Strypa und dem Dnepr ziemlich untätig. Unternehmungen unserer Sturmtruppen brachten an mehreren Stellen Gewinne an Gefangenen und Beute. Nach Abschluß der Kämpfe, die sich gestern nordwestlich von Stanislaw entwickelten, wurden unsere Truppen hinter dem Unterlauf des Ruzepies-Baches zurückgenommen.

Im Bereiche der anderen Armeen keine größere Kampfhandlung.

Mazedonische Front

Die Lage ist unverändert.

Im Monat Juni war das Ergebnis der Kämpfe gegen die feindlichen Luftstreitkräfte gut. Unsere Gegner haben 220 Flugzeuge und 33 Fesselballons durch Einwirkung unserer Waffen verloren. Von den Flugabwehrkanonen wurden 60 feindliche Flieger abgeschossen. Der Rest wurde in Luftkämpfen zum Absturz gebracht. Unser Verlust beträgt 58 Flugzeuge und 3 Fesselballons.

Der 1. Generalquartiermeister: Sudendorff.

Deutscher Abendbericht.

WZ. Berlin, 10. Juli, abends. (Antlich.) In den Westen und Osten keine besonderen Ereignisse.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 10. Juli. (WZ. Nicht amtlich.) Antlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph regere Erkundungs- und Artillerietätigkeit. Bei Stanislaw entbrannten gestern erneut heisse Kämpfe. Die verbündeten Truppen schlugen mehrere Angriffe ab, wurden jedoch

abends vor dem zunehmenden Druck der feindlichen Massen hinter den unteren Lutowica-Bach zurückgeführt. Der Gegner drängte die Nacht über nicht nach. Südlich des Dnepr verhielten sich die Russen ziemlich ruhig. Unsere Stoßtrupps arbeiteten mit Erfolg. Zwischen der galizischen Grenze und der Dnester lebte das Geschützfeuer vielfach auf.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Lloyd George über die Luftangriffe.

WZ. London, 10. Juli. (Nicht amtlich.) Während der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte der Premierminister Lloyd George: Es ist unmöglich, sich vollständig vor Luftangriffen zu sichern. So überfliegen an der Front unsere Flugzeuge täglich die deutschen Linien in einer Gegend, wo die deutschen Luftstreitkräfte und Fliegerabwehrmittel aufs dichteste zusammengezogen sind und werfen Bomben auf Stationen und Hauptquartiere hinter ihnen. Alles, was wir tun können, ist den Deutschen ihre Besuche so teuer kommen zu lassen, daß sie nicht können. Während die erste Erwägung der Regierung sein muß, darauf zu sehen, daß die Armee in Frankreich genügend mit Flugzeugen ausgerüstet ist.

Englische Absichten in der Ostsee?

Stockholm, 10. Juli. Schwedische Blätter berichteten in letzter Zeit wiederholt über Vorbereitungen der Engländer, sich in finnischen Häfen festzusetzen, sowie den Ausbau der Ålandsinseln zu einer dauernden Festung zu übernehmen. Wie hier verlautet, herrscht neuerdings in Norwegen eine steigende Unruhe über angebliche Verhandlungen in die Norweger über die Verpachtung gewisser Grundstücke in dem für die Beherrschung des Skagerraks wichtigen, an der Südküste Norwegens gelegenen Kristianjand mit Engländern eingetreten sein sollen.

Die Feuerung in England.

Amsterdam, 10. Juli. Die Feuerung der hauptsächlichsten Lebensmittel in England hat im Juni 1917 stark zugenommen. Um mehr Getreide für Brot zur Verfügung zu haben, hatte die Regierung unter dem Vorwand, den Alkoholkonsum einzuschränken, die Biererzeugung um über die Hälfte herabgesetzt. Trotzdem wurde das Brot teurer und die Arbeiter erhielten in den meisten Fabriken kein Bier mehr. Dagegen wurde in mehreren Städten seitens der Arbeiter Beschwerde erhoben und mit einem Ausstande gedroht, worauf die Regierung die Biererzeugung wie früher zuließ. Von den anderen Lebensmitteln ist Fleisch am wenigsten vorhanden und am teuersten. Die Arbeiter essen kaum einmal in der Woche noch Fleisch. In amerikanischen Häfen liegen große Mengen Gefrierfleisch für England und Frankreich, die aber wegen dem Mangel an Schiffsraum nicht befördert werden konnten.

Eine deutsche Verwahrung gegen französische Entstellungen.

WZ. Berlin, 10. Juli. (Nicht amtlich.) Der französische amtliche Heeresbericht vom 7. Juli abends veröffentlicht die Entstellungen über die in der Nacht vom 6. auf den 7. Juli auf offene deutsche Städte verübten Angriffe. Die Flüge werden als Regungsmaßregel für deutsche Bombenangriffe auf angeblich offene französische Städte hingestellt. Die Behauptung darf nicht unbedenklich bleiben. Die deutschen Flieger haben niemals offene Städte mit Bomben belegt. Jede gegenteilige Behauptung ist eine Lüge. Wo deutsche Flugzeuge gegen französische Städte angegriffen wurden, dienten diese Städte feindlichen Truppenlagern zur Unterkunft und es befanden sich in ihnen wichtige Lager des

Munition, Lebensmittel und Heeresbedarf aller Art. Unsere Anstöße richteten sich grundsätzlich nur gegen diese militärischen Ziele. Drischafien, die im Operationsgebiet liegen und wie Chalons, Eprenay oder Amiens vom Gegner zu Stappen-Hauptorten allerersten Ranges ausgebaut werden, müssen es sich gefallen lassen, daß sie angegriffen werden. Wenn die französische oder englische Regierung ihre wichtigsten Munitionslieferanten und Depots mitten in großen bevölkerten Städten anlegt, dann trifft sie, nicht uns die Schuld, wenn bei Angriffen auf ihre Fabriken und Magazine auch friedliche Bürger in Gefahr geraten. Die Zivilbevölkerung als Schutz militärischer Anlagen zu mißbrauchen, ist ein Verbrechen. Unsere Führung aber würde sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig machen, wenn sie den Angriff auf diese Städte, die für den Feind einen Hauptstützpunkt bilden, deshalb unterlassen wollten, weil bei dem Angriff auch unbeteiligte Zuschauer in Gefahr geraten können. Zuschauer gehören nicht auf das Schlachtfeld und nicht in das Operationsgebiet. Wer trotzdem dort bleibt, darf sich nicht beklagen, wenn er getroffen wird. Möge die französische Regierung die Bevölkerung aus dem Kriegsgebiet entfernen oder ihre dem Nachschub und der Versorgung der Front dienenden Anlagen außerhalb der Drischafien anlegen.

Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.

W.D. Berlin, 10. Juli. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der den Reichskanzler ermächtigt, zur Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte den Eigentümern deutscher Kauffahrteischiffe auf Antrag Beihilfen zu gewähren für die Ersatzbeschaffung von Schiffen und Inventar, wenn das Schiff nach dem 31. Juli 1914 durch Maßnahmen feindlicher Regierungen oder durch kriegerische Ereignisse verloren gegangen ist oder erheblich beschädigt wurde. Eine erhebliche Beschädigung ist regelmäßig anzunehmen, wenn die zur Wiederherstellung des Schiffes erforderlichen Kosten die Hälfte des Friedenswertes erreichen. Den deutschen Schiffbesitzungen solcher Schiffe können im Falle des Verlustes ihrer Habe für deren Wiederbeschaffung gleichfalls Beihilfen gewährt werden. Die Gewährung der Beihilfen erfolgt auf Grund von Vorschlägen des aus sieben Mitgliedern und ebensoviele Stellvertretern bestehenden Reichsausschusses. Ferner wird der Reichskanzler ermächtigt, Beihilfen zu gewähren zur Deckung der Aufwendungen für die Instandhaltung des Schiffes, für die Hafengebühren sowie für Feuer und Unterhalt der Schiffsbefahrung, die dadurch notwendig geworden sind, daß das Schiff während des Krieges in den deutschen Schutzgebieten oder außerdeutschen Ländern festgehalten oder an der Fortsetzung seiner Reise gehindert worden ist. Die Veräußerung eines Schiffes, zu dessen Beschaffung eine Beihilfe aus dem erwähnten Grunde gewährt worden ist, darf an einen Ausländer vor Ablauf von zehn Jahren nach der Inhaftierung nur mit Genehmigung des Reichskanzlers erfolgen. Das Gleiche gilt für Miet- und Frachtverträge zur Beförderung von Gütern, die über solche Schiffe im ganzen oder einem verhältnismäßigen Teil oder bestimmt bezeichneten Raum des Schiffes mit Ausländern abgeschlossen werden. Der Reichskanzler kann die Genehmigung insbesondere davon abhängig machen, daß die für das Schiff zur Verfügung gestellten Reichsmittel zurückerstattet werden. Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Mittel werden jährlich durch den Reichshaushaltsetat bereitgestellt. Der Gesetzentwurf enthält in der Anlage eine Reihe von Grundrissen, nach denen die Beihilfen gewährt werden sollen, sowie einen Tarif, der eine Einteilung der Schiffe in fünf Klassen vorsieht.

Amerikas Bereitschaft zum Luftkrieg.

Berlin, 9. Juli. Wie aus einem Artikel der englischen Zeitschrift „Land and Water“ hervorgeht, waren für den Luftdienst der amerikanischen Armee und Marine zu Beginn des Krieges nur 1 600 000 Dollar ausgeworfen, aber als die vom amerikanischen Aero-Klub erhobenen Vorstellungen erhöhte der Kongreß den Betrag auf 3,5 Millionen Dollar.

In der üblichen amerikanischen Art und Vorliebe für recht hohe Zahlen schnellten die Ziffern für die Entsendung amerikanischer Flieger nach Frankreich mit jeder Nachricht, die herüber kam, höher; erst war von 500 die Rede, jetzt werden schon mit Bestimmtheit 10 000 Flieger gemeldet. Die öffentliche Meinung in Amerika ist vor allem für eine Unterstützung der Entente durch Herüberbringen von Fliegern und Flugzeugen, doch verweist man auch dabei auf die Notwendigkeit, die zahllosen Frachtschiffe, die dem Verbands Vorräte zuführen, durch Flugzeuge in britischen Häfen zu schützen, denselben Schutz müßte man auch den Schiffen in der Nähe amerikanischer Häfen gegen U-Boote und Minen gewähren, jedoch etwa 2000 Flieger und 500 Lenkflugschiffe für die Heimatverteidigung bereitgestellt werden. Es ist anzunehmen, daß sich hierzu leichter Flieger finden werden, als zu den voraussetzungsreichen Kämpfern mit den alterproben deutschen Fliegern der Westfront, denn im Dienste der Heimatverteidigung, jenseits des Ozeans, sind die Vorbeeren erheblich leichter und ungefährlicher zu pflügen.

Ueber die Beschaffung der für alle diese Zwecke benötigten Mannschaften und Besatzungen, Flugzeuge und Luftschiff-Führern macht man sich kein Kopfzerbrechen, da man ja nötigenfalls einfach 100 Schulen für je 200 Flieger anlegen kann. Man zweifelt durchaus nicht daran, daß man die erforderliche Zahl an Schul- und Front-Flugzeugen rasch herstellen kann, verzögert aber ganz, welche Unsummen von Erfahrungen, sowohl bei uns wie bei den Feinden, vor dem Krieg und besonders während des Krieges gesammelt werden mußten, welche rastlose, unermüdete Arbeit notwendig war, um im Wettkampf um die Luft Herrschaft auf der Höhe zu bleiben und erlittene Nachteile immer wieder auszugleichen. Man glaubt in Amerika, daß es genügt, so und so viel Fabriken mit dem nötigen Geld zu versehen und eine Anzahl anderer ferienteilweise neu hinzustellen, um die nötigen Flugzeuge zu erhalten.

Es ist selbstverständlich, daß nach der englischen Mitteilung die ardueren amerikanischen Flugzeugfabriken heute schon imstande sind, 8 Flugzeuge täglich zu liefern und die Erzeugung beliebig zu vergrößern. Eine andere Mitteilung wäre ja auch erstaunlich gewesen, denn im „Lande der unbegrenzten Möglichkeiten“ ist bisher (mit dem Munde und auf dem Papier) noch nie etwas für unmöglich erklärt worden. Auch die unermüdete Nachricht, daß die Amerikaner bereits einige wichtige Erfindungen umwälzender Natur gemacht haben und sozusagen nur darauf brennen, sie bei ihrer Flugzeugindustrie zugunsten der Entente anzuwenden, überrascht nicht im mindesten, im Gegenteil, sie gehört zu jeder amerikanischen Meldung. Es wäre auch verwunderlich, wenn sich die zahllosen amerikanischen Erfinder, deren größte Fähigkeit ihre Klammertaste ist, diese herrliche Gelegenheit zur Gratulation entgehen ließen.

Wir werden vermutlich noch viele Meldungen mit noch erhebnlicheren Ziffern über uns ergehen lassen müssen, bis die amerikanischen Flieger als beachtenswerte Truppe an der Westfront auftauchen. Unsere Luftkämpfer sind jedenfalls gerüstet und erwarten mit Ruhe den Tag, da die Amerikaner ihre kriegeri-

chen Fähigkeiten nicht im Feuer rechnerischer Zahlen, sondern der Maschinengewehre und Abwehrstellungen erweisen sollen.

**Die Revolution in Rußland.
Eine ukrainische Republik.**

W.D. Wien, 10. Juli. Dem Neuen Wiener Tagblatt zufolge erhielt der Abg. Nikolai Ritter von Wassilko über Stockholm von den ukrainischen Sozialrevolutionären Bate eine Depesche die lautet: Der ukrainische Zentralrat in Kiew hat eine selbständige ukrainische Republik proklamiert und sich als eine ukrainische Regierung konstituiert. Vorläufig wurden je ein ukrainischer Reichsverweser für Krieg, Marine, Justiz und Finanz und ein Minister des

Außern ernannt. In einer Proklamation an die Bevölkerung wird mitgeteilt, daß Steuern von nun an nur für die neue ukrainische Regierung einzunehmen sind.

Gegen Kerenski.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Stockholm: Aus russischen Zeitungen wird bekannt, daß auf dem allrussischen Kosakenkongreß der Wunsch ausgesprochen wurde, daß der Hetman der Donkosaken, das Mitglied der letzten Duma, Karanlow anstelle Kerenski zum Kriegsminister ernannt werde. Diesem Wunsch soll, wie aus Kreisen, die der vorläufigen Regierung nahe stehen, mitgeteilt wird, teilweise entgegengekommen werden, indem das Verwaltungsgebiet des Kriegsministers zwischen Kerenski und Karanlow geteilt wird.

Der Kampf um die Volksrechte.

Bevorstehende Proklamation des Kaisers.

Der „Neuen Bad. Landesztg.“ wird aus Berlin berichtet:

In der Proklamation des Kaisers, deren Kommen wir bereits meldeten, soll als Ergebnis des ersten Kronrates, dem ein zweiter bereits heute abend folgen soll, eine dreifache Ankündigung enthalten sein:

1. Ueber das preussische Wahlrecht,
2. Ueber einen Wechsel im preussischen Ministerium,
3. Ueber die teilweise Parlamentarisierung der Reichsregierung.

Plötzliche Vertagung des Hauptauschusses.

W.D. Berlin, 10. Juli. Der Hauptauschuss trat heute vormittag 9 Uhr zusammen. Der Abg. Ebert ersuchte den anwesenden Reichskanzler um eine Mitteilung, was sich gestern im Kronrat zugetragen habe, da die Kenntnis des Ergebnisses des Kronrates notwendig für eine fruchtbarere, weitere Debatte sei. Der Reichskanzler bestätigte, daß gestern der Kronrat zusammengetreten sei. Er erklärte aber weiter, er könne keine Mitteilungen über die Ergebnisse der Beratung noch machen. Darauf beantragte der Abg. Ebert Vertagung des Ausschusses. Ohne weiteres stellte der Hauptauschuss seine Arbeit ein und ging unter lebhafter Bewegung auseinander.

Bethmann beim Kaiser.

Berlin, 10. Juli. (W.D. Nicht amtlich.) Sr. Maj. der Kaiser empfing heute vormittag den Reichskanzler zu einem mehrstündigen Vortrag.

Der bayerische Gesandte beim Kaiser.

München, 10. Juli. (W.D. Nicht amtlich.) Die Korrespondenz Hofmann meldet, es bestätigt sich, daß der bayer. Gesandte in Berlin, Graf Verchenfeld, am letzten Sonntag vom Kaiser empfangen und hierbei die gesamte politische und militärische Lage eingehend erörtert worden ist.

Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht!

Im Reichstag verlautele gestern mit großer Bestimmtheit, daß sich die preussische Regierung entschlossen habe, dem Landtag im Herbst eine Wahlrechtsvorlage zu unterbreiten, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Vorschlag bringen wird.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

W.D. Berlin, 10. Juli. (Amtlich.) Der Reichskanzler hat im Laufe des Nachmittags verschiedene Parteiführer empfangen.

Die Haltung der Nationalliberalen

hat die von der Mehrheit des Reichstags in Aussicht genommene Aktion im letzten Augenblick wieder erschwert. Das Wort Walter Rathenau: „Die nationalliberale Partei könnte die Entscheidung in Gänden haben; und überblickt man die Sachlage, so hat sie unfreiwillig und unbedankt dem Feudalismus gedient“ — gilt auch noch heute. Diese kapitalistische Honoratiorenpartei findet kein Gegenstück in anderen Ländern, es ist ein spezifisch deutsches Produkt. Wie man hört, wollen die Nationalliberalen in ihrer Mehrheit nach wie vor nichts von der Einführung des parlamentarischen Regierungssystems wissen, dagegen sind sie alle dafür, daß nationalliberale Parlamentarier in das preussische Ministerium berufen werden. Mit andern Worten, die Nationalliberalen möchten sich gar zu gern an die Stelle der Konservativen setzen, um die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen wenn irgend möglich zu verhindern. Gelingt es den Nationalliberalen, die von der Mehrheit des Reichstags in Aussicht genommene Aktion wieder zu durchkreuzen, dann wird hoffentlich das deutsche Volk mit dieser Partei einmal eine gründliche Abrechnung halten. Man darf ohne weiteres annehmen, daß das Gros der nationalliberalen Wähler, welche durchaus nicht kapitalistisch interessiert sind, mit dieser Taktik der nationalliberalen Partei nicht einverstanden ist.

Die Nationalliberalen nicht gegen den Reichskanzler.

In der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses erklärte ein nationalliberaler Redner, die Nachricht, seine Partei habe ein Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler beschlossen, sei nicht zutreffend.

Der „Vorwärts“ zur Lage.

Mache und ganze Arbeit ist notwendig. Nach so vielen Fehlschlägen und Enttäuschungen ist es freilich schwer, hoffnungsvoll zu bleiben. Die Parteien, auf denen die Verantwortung für Gelingen oder Scheitern der ganzen Aktion ruht, sollten sich aber

klar darüber sein, welche verhängnisvolle Wirkung es auf das Ausland und auf das eigene Volk haben müßte, wenn es zum Schluß abermals hies: Viel Lärm um nichts — aber um eine Omelette.

Der Kriegsheker des feindlichen Auslands würden darauf den für sie nachliegenden Schluß ziehen, daß das arme deutsche Volk sich eben doch nicht selbst befreien könne und daß daher nichts anderes übrig bleibe, als ihm von außen her mit Schanzellen und Gasgranaten zu Hilfe zu kommen.

Wie will man aber den Stimmungsumschwung jenseits der Massen verantworten, die in den letzten Tagen wieder ein wenig hoffener geworden sind, und die dann erst recht den bittersten Empfindungen ausgehebt wären? Nein, da wäre es schon besser, lieber erst gar nicht angefangen zu haben. Wer bei der gegenwärtigen Volksstimmung Hoffnungen erregt, um nachher wieder zu enttäuschen, handelt wie einer, der die Folgen seines Tuns nicht zu übersehen imstande ist.

Was wären die Folgen? Wir wollen es uns sparen, sie in düsteren Farben auszumalen. Aber sicher ist eines: führt die gegenwärtige Krise nicht zu entscheidenden positiven Ergebnissen, so wird sie sich sehr bald in verschärfter Form wiederholen. In verschärfter Form und unter unangenehmen Begleiterscheinungen. Dies aber dem deutschen Volk zu ersparen, ist die Pflicht aller, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind.

Was notwendig ist, das ist ein Systemwechsel in der inneren wie in der auswärtigen Politik. Nützlicher gesagt: die Festlegung der bestehenden Systemlosigkeit durch ein System. Dieses System kann gar kein anderes sein als das demokratisch-parlamentarische nach innen, verbunden mit einer Politik festem und umfassender Friedensbereitschaft nach außen.

Die Entschiedenheit festsetzt zur Bildung einer parlamentarischen Regierung der nationalen Verteidigung. Sie wird uns den Frieden bringen, den wir brauchen, um als freies Volk unter freien Völkern leben zu können. Ist dieses Ziel einmal als richtig erkannt, so muß darauf gesteuert werden mit ganzer Kraft ohne Schwanken und ohne sentimentale Rücksichten.

Der Reichstag soll sich sagen, daß es auf dem betretenen Wege kein Zurück mehr gibt, sondern nur ein Vorwärts. Er soll sich sagen, daß es leichter ist, Großes zu erreichen als Kleines. Er soll dem deutschen Volk einen Umweg ersparen, von dem keiner weiß, wohin er führt.

*** An die Adresse der Unabhängigen**

wendet sich die Chemnitzer „Volksstimme“ in der politischen Schlußfalschunde des deutschen Volkes mit folgenden Sätzen:

„Gegen die Regierung wird jetzt die Schlacht geschlagen. Den Konservativen zugureden, haben wir aufgegeben. Aber wir wollen es doch einmal versuchen, den Unabhängigen Sozialisten einen Versuch der Ueberzeugung zu widmen. Wir sind bereit, alles zu bezweifeln, was sie uns gegenüber behauptet haben, wenn sie es jetzt wieder gutmachen, wenn sie jetzt einmal in einer entscheidenden Stunde, allen Maß gegen ihre früheren Parteigenossen, alle Kleinlichkeit und Selbstsucht zurückstellen und den Generalstimm sich anschließen. Gewiß geben wir uns nicht der hohen Täuschung hin, daß es bald gelingen wird, den deutschen Sozialismus wieder zu einigen. Das wird im besten Falle langjähriger zäher Arbeit zu danken sein.

Aber ist es denn unbedingt nötig, daß sie und wir uns geizig in einem Augenblick zerfleischen, was alles darauf ankommt, daß wir einig sind, wo wirklich ein ganz großer Fortschritt erlangen werden kann, wenn wir fest zusammenhalten? Muß denn der Advokatengeist auch in solchen Krisen unbedingt den Vortritt haben vor der Solidarität der arbeitenden Massen? Muß denn wirklich immer nur diskutiert und gestritten werden? Kann nicht auch einmal, wo es um Leben und Glück des ganzen Volkes geht, einheitlich zugegriffen werden?

Diese Frage werfen wir auf, und lassen die Hoffnung nicht fahren, daß im letzten Augenblick noch auch hier bessere Einsicht durchdringt. Nicht zwischen Scheitern und Gelingen soll die Regierung die Entscheidung suchen müssen, sondern zwischen Scheitern und dem deutschen Volk. Wenn sie so vor die Entscheidung gestellt wird, dann kann sie nicht ausweichen, dann muß sie Farbe bekennen und dann muß sie gehorchen oder fallen. Wird aber der bisherige Zwist auch gegenwärtig wieder ausgetragen, geht eines der Arbeiterbataillone unter Führung des früheren Vorsitzenden der Partei mit fliegenden Fahnen zum Gegner über, dann allein kann es sein, daß durch Vorkerratt in den eigenen Reihen das Proletariat auch dieses Mal eine Niederlage erleidet. Gatten wir nur fest zusammen, so können wir durchsehen, was wir durchsetzen wollen und müssen, einen Frieden im Geiste des Rechts und einer Neuorientierung im Geiste der Freiheit.“

Diese gewiß ehrlich gemeinte Warnung prallt an der Verborttheit der Unabhängigen glatt ab. Das geht aus einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ hervor, die in einem mit „Der Viltgang“ überschriebenen Artikel zu der gegenwärtigen Krise einleitend bemerkt:

„Wir könnten diesem Artikel auch irgend eine andere Ueberschrift geben, wie zum Beispiel: Der Sturm im Wasser, oder: Ein neuer Willkomm im Werden, oder: Die heitere Wiener des Reichstagslers, oder: Ein Ultimatum, das keines war.“

Und am Schlusse heißt es dann:

„Ganz gleich, wie die jegliche Krise verläuft: des Vertrauens

der arbeitenden Massen...
...den Willen...
...die und...
...hängigen den...
...in Geheimnis...
...kommt ihr...
...ste.

In einem...
...Lage schrei...
...Man be...
...in nahegeleg...
...lamentarische...
...über diese...
...manarisch...
...Bestimmung...
...ist, je ärmer...
...es ist eine...
...beito höher...
...und es ist...
...keinstelweise...
...ment giert...
...häng von...
...Ein Staat...
...gellen, als...
...dem Kriege...
...müßte sich...
...doch er...
...langen Europ...
...das Volk...
...weder...
...die einem...
...das Volk...
...entgegen

Die Rechte...
...auf den...
...den K...
...bis her, Ein...
...hat es nur...
...Gängelband...
...Die W...
...lamentarische...
...hoffen für...
...den Gang...
...kommen entgegen

Die politisch...
...Die große...
...nachgerade...
...es ist durch...
...nen ist. Die...
...ander und...
...König...
...jetzt wieder...
...wieder nur...
...wieder nur...
...zweien d...
...Kann, ist...
...reiß und...
...auf den...
...nische Verant...
...liche Reichst...
...ment, zu de

Unterha...
...Reichstamm...
...Name stamm...
...eine bestimm...
...eigentlichen...
...von Justin...
...und was...
...nischen Rechts...
...Reichstamm...
...Rechts...
...eigentliche...
...Entscheidung...
...die Per...
...ist der...
...Beratung...
...Verständ...
...Nebel das...
...zustehende...
...des Ham...
...Die moderne...
...Napoleon...
...haben und...
...auf den...
...Anfänge beg...
...Taler. D...
...sogar gar...
...zugelassen...
...gebunden...
...Frede...
...eines...
...als...
...kommisshab

Kinder...
...Das Kinderleb...
...wird, wo ne

Die arbeitende Bevölkerung sind die Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie im Reichstag gewiß. Das Ausmaß der Revolutionen und Erklärungen mag dem neuen Volk überlassen bleiben: die unabhängige Sozialdemokratie allein hat bisher schon gezeigt, daß sie entschlossen ist, den Willen des Volkes zu vollziehen.

Wie und mit welchen Mitteln das Gelingen der Unabhängigen den Willen des Volkes vollstreckt wird, bleibt ein Geheimnis der „Leipziger Volkszeitung“. Einmal kommt ihre Tätigkeit nur den schlimmsten Reaktionen zu Gute.

Monarchie und Parlamentarismus.

In einem Artikel über die gegenwärtige gespannte politische Lage schreibt der „Vorwärts“ u. a.:

Man versucht jetzt, auf den Kaiser einzuwirken und ihn nahezulegen, daß er durch jedes Zugeständnis an das parlamentarische System wichtige Kronrechte preisgibt. Aber diese Theorie der Preisgabe der letzten Endes nicht monarchisch, sondern antimonarchisch, weil sie von der Vorstellung ausgeht, daß die Dynastie an Rechten desto reicher ist, je ärmer an Rechten das Volk und seine Vertretung sind. Es ist eine gefährliche Lehre, die verkündet, daß ein Monarch desto höher stehe, je niedriger die Volksvertretung gestellt sei, und es ist ebenfalls eine falsche Lehre. Nach dieser Lehre wäre beispielsweise ein Kaiser, der gänzlich ohne Parlament regiert, eine höhere Rangstufe zuzuweisen als etwa dem König von Dänemark.

Ein Staatsoberhaupt kann in der Welt aber niemals mehr gelten, als sein Staat und sein Volk gilt. War in Europa vor dem Kriege der absolute Herrscher, der russische Zaren, so ist es heute das Volk, das die Herrschaft innehat. Die Rechte der Krone finden ihre selbstverständliche Grenze an der Macht des Volkes. Wenn das deutsche Volk den Rechtsanspruch erhebt, in weit höherem Maße als bisher, Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu gewinnen, so ist es nur seine Pflicht. Es hat sich leider viel zu lange an die Gängelbande der bürokratischen Bevormundung gelehnt. Die Monarchie erleidet durch die Einführung des parlamentarischen Systems keinen Schaden, wohl aber könnte sie helfen für sie entscheiden, wenn sie sich gegen die durch den Gang der weltgeschichtlichen Entwicklung bedingten Reformen entgegenstellen würde.

Die „Frankfurter Zeitung“

berichtet sich wie folgt zur Lage:

Die politische Krise ist auch zur Stunde noch nicht entschieden. Die große Hoffnung ist, daß sie unter staatlichen Befehl von nachdrücklicher Unterstützung der Reichsregierung reinigt. Das ist es, was die demagogische alldeutsch-konervative Hegepolitik ist. Die Gefahr aber besteht bis zum Ende, daß Geschäftsmänner und Kompromisspolitiker die Länge der Verhandlungen jetzt wieder ausnützen, um mit Hilfe der Rauen und Unentschiedenen den Wagen in der Mitte des Weges festzuhalten und wieder nur zu halben Schritten kommen zu lassen. Wir müssen davon mit allem Ernste. Was wir brauchen, ist Mut, ist ganze, feste Entscheidung. Dafür ist die Zeit reif und überreif.

Auf den Parteien des Reichstags liegt in diesen Tagen eine besondere Verantwortung. Sie sollen das schaffen, was der Reichstag braucht, um endlich aus der Fehde zum Parlament, zu dem die Richtung der Politik maßgebend bestimmt wird.

Unterhaltung und Belehrung

Fideikommiss. Was ist eigentlich ein Fideikommiss? Der Name stammt aus dem älteren römischen Rechte, in dem eine bestimmte Art von Vermächtnissen, die man von den eigentlichen, den sogenannten Legaten unterschied, so nannte. Schon Justinian hat dieser Unterabteilung ein Ende gemacht und was wir jetzt Fideikommiss nennen, hat mit dem römischen Rechtstutium nur einen sehr losen Zusammenhang. Fideikommiss sind heute unbewegliche oder bewegliche Güter, z. B. Landstücke, Kapitalien usw., die durch ausgedehnte Anordnung unübertraglich in dem Kreise eines Geschlechtes durch Erbengang festgehalten werden. Man muß die eigentliche Fideikommiss Sache von der verwandten Fideikommission trennen. Die Fideikommission ist eine juristische Person und der Genussberechtigter ihr Gläubiger, bei dem die Berechtigten Eigentümer sind und nur in der Verwaltung, Verpfändung und Vererbung zugunsten der Nachkommen beschränkt. Mithilfe der Fideikommission suchte der Herr Adel das zu erreichen, was der hohe Adel durch die zunehmende Hausvergrößerung erreichte, nämlich die Unvererblichkeit seines Besitzes und damit die Erhaltung des Hauses der Familie.

Die moderne Gesetzgebung war den Fideikommissen nicht gewogen. Napoleon hob sie ganz auf, in Österreich ist sie erhalten und das preussische Landrecht schränkte sie ein, und nur auf den Landbesitz beschränkt, der mindestens 2000 Lohngeld einbrachte und auf Kapitalien von mindestens 100000 Talern. Die preussische Verfassung unterwarf die Erbschaft sogar ganz (Art. 40). Später wurden sie jedoch teilweise zugelassen. Gegenwärtig kann Besitz aller Art fideikommissarisch gebunden werden, so ist z. B. in Hamburg ein sog. Fideikommiss Fideikommiss einer adeligen Familie. Die Fideikommission, d. h. die Erträge, Zinsen usw. sind dem Fideikommissar, d. h. sie gehen in das freie Eigentum des Fideikommissinhabers über, der unbeschränkt über sie verfügen kann.

Kinderleben in Palästina.

Das Kinderleben des Orients ist am „europäischeren“ in Palästina, wo westliche Einwirkungen noch recht lebhaft wirken. Die Kinder sind meist in Kleider aus weißem Baumwollstoff, der zum Aufwickeln dient, und einem Kopfband aus flirrenden Mützen. Bei den mohamedanisch strenggläubigen Familien ist der manchmal auch schwarze Schleiher sehr dicht und den kleinen Mädchen sorgsam vor das Gesicht gezogen. Manche Eingeborene suchen auch Bornehmtheit an dem Tag zu legen, indem sie die Kinder nach europäischen Modellen kleiden, andere wieder schmücken sie mit den Prachtbesonderheiten der Sitten, bei Knaben sind auch Miniaturformen türkischer Offiziere beliebt. Als besondere Merkwürdigkeit sei erwähnt, daß kleine Jungen, die von ihren Eltern bei der Geburt der Kirche geweiht wurden, mit der braunen Kutte der Franziskaner und einem groben Strick um den Leib herumlaufen.

Bei den Spielen ahmen die Kinder mit Vorliebe die Erwachsenen nach, wobei sie mit komischer Genauigkeit z. B. das Zeremoniell eines Rasch einhalten. So kann man etwa dem folgenden Gespräch zweier schmutziger kleiner Scherjungen lauschen: „So ruhet doch, ich bitte Euch!“ „Nein, wer Euch sieht, ist ausgeruht!“ „Belustigend ist auch, daß bei dem „Gericht-Spielen“ die Beitzungen nicht vergessen werden, wobei Melonenkörner das Geld zu verfindeblischen haben. Natürlich gibt es auch wilde Knabenspiele, wie z. B. Ueberfälle von Wüstenbeduinen, während bei den mohamedanischen Mädchen das „Braub-Spielen“ am häufigsten ist.

In Ermangelung des Schulzweiges sind die Kinder auf dem Lande meist unbeaufsichtigt, gelegentlich lernen sie in kleinen Schulen Koranverse, arme Kinder arbeiten von früher Jugend an in den Beforen. In den Städten aber, ganz besonders in Jerusalem, werden Geographie, Sprache und Naturbeschreibung gelehrt. Die Einführung neuer Lehrbücher zeitigt oft sonderbare Ergebnisse. Als einmal in Damaskus die Leiterin einer Missionsschule den Turnunterricht eingeführt hatte, blieb plötzlich die eifrigste Schülerin aus, und auf Befragen erklärte die Mutter unter Tränen, daß die kleine Jarifeh niemals wieder die Schule besuchen dürfe, da sie dort ein böser Geist gebadet habe, der sie fortwährend Krämpfe und Beine bewegen und seltsame Worte stammeln lasse. Die kleine „Besessene“ machte nämlich zu Hause eifrig Freilübungen, wobei sie „eins, zwei, drei, vier“ zählte. Der Krieg ist auch auf die Jugendpflege in Palästina nicht ohne Wirkung geblieben, die Lust zum Lernen und die Ausbreitung des Schulwesens machen sich immer deutlicher fühlbar.

menden Faktor der Regierung zu werden: die feste, aktionsfähige Mehrheit, die sich auf ein klares, politisches Programm einigt und entschlossen ist, alle Mittel parlamentarischer Machtlöbung an die Durchführung dieses Programms zu setzen — die Mehrheit, die jeden Reichstanzler, mag er nun Weismann Hohlweg oder wie auch sonst immer heißen, unerbittlich zwingt, ihre Politik zu machen und vor ihr die Verantwortung für diese Politik zu tragen. Man verjähne uns endlich mit dem Argument, das kein Argument ist: das sei englisch-französisches Jargon und deshalb, weil aus dem Wesen mit Teufelswerk komme, für uns unbrauchbar. Der Gedanke des Volksstaates ist deutscher Gedanke; uralte deutsch und neu aufgebaut durch Deutschlands größten innerpolitischen Staatsmann, den Freiherrn von Stein, ist der Gedanke der Selbstverwaltung und der Staatsgenossenschaft. Was wir aus dem Wesen zu holen hätten, wäre höchstens die Technik, und technische Erfahrungen holt man immer am besten dort, wo sie in politischer Anwendung erprobt sind; auch die Technik des Kapitalismus ist von den deutschen Dichtern und Denkern nicht erunden worden, und wir haben uns doch nicht geheut, sie einzuführen, haben in den letzten Jahrzehnten sogar eine verblühende starke Eignung dafür gezeigt. Jedes Volk macht aus der Technik, und aus gar aus der politischen, ganz sicher das, was seiner Eigenart entspricht, indem es die technischen Institutionen mit seinem Geiste erfüllt und sie in seinem Geiste besonders gestaltet; auch das parlamentarische System ist nichts Festes, sondern das Verantwortlichkeitsgefühl und die Charakterstärke der Bürger und ihrer Vertreter, die politische Reife des Volkes und sein Verstand an politischen Ideen und an politischem Idealismus entscheiden über seine Wirkung. Fühlen wir uns da sicher, dann brauchen wir uns vor der weitlichen Technik der Politik wahrhaftig nicht zu fürchten. Und im übrigen ist ja schon durch die Eigenart unserer politischen Einrichtungen, vor allem durch den unökonomischen Charakter des Reiches, dafür gesorgt, daß wir fremde Einrichtungen nicht einfach abschreiben.“

Aus der Partei.

Reichskonferenz der sozialdemokratischen Frauen.

Am zweiten Verhandlungstag (8. Juli) referierte Genossin Juchacz über „Unsere Agitation“. Die Diskussion war wiederum sehr lebhaft. Dann referierte Genossin Wall Zeppler (Berlin) über den letzten Punkt der Tagesordnung: **Das Frauenwahlrecht.** Da in dem Referat eine Reihe wichtiger Fragen aufgearbeitet wurden, überwiegt die Konferenz die Anregungen dem Parteivorstande in dem Sinne, daß er sie zu gelegener Zeit im Verein mit den Genossinnen Juchacz und Zeppler nachbar zu machen verusche.

In den folgenden zwei Resolutionen, die einstimmig angenommen wurden, ist das niedergelegt, worüber in diesen zwei Tagen diskutiert worden und was in Würdigung der Ausführungen Eberts die Frauen zum Frieden zu sagen haben.

Die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Frauen stellt auf Grund der Berichte aus allen Orten Deutschlands fest, daß die sozialdemokratischen Frauen während des Krieges zu Tausenden in zahlloser Mitarbeit auf allen Gebieten der Kriegsfürsorge bemüht gewesen sind, nach besten Kräften die Weiden mitern zu helfen, die der furchtbare Krieg dem deutschen Volke, besonders den minderbemittelten Volksschichten, zufügt. Die Konferenz billigt diese praktische Tätigkeit der sozialdemokratischen Frauen, auch die dadurch notwendig werdende gemeinsame Arbeit mit öffentlichen Behörden und bürgerlichen Frauenorganisationen, denn gerade durch die Mitarbeit der sozialdemokratischen Frauen in solchen Körperschaften war es möglich, die Interessen der Arbeiterinnen sachgemäß und erfolgreich zu vertreten.

Die Erfahrungen der sozialdemokratischen Frauen in der Kriegsfürsorge, besonders aber in der Lebensmittelfürsorge, veranlassen die Konferenz, den stärksten Einspruch gegen die untragbaren Zustände auf dem Gebiete der Volksernährung zu erheben. Sie fordert von der Reichsregierung, wie von den staatlichen und gemeindlichen Behörden die dringlichsten Maßnahmen zur Bekämpfung des unerhörten Lebensmittelmangels und zur Sicherstellung einer möglichst gleichmäßigen Verteilung der vorhandenen Lebensmittel zu erlassenden Freisen.

Die Konferenz erneuert angeichts der vermehrten sozialen Pflichten, die die Frauen während des Krieges übernommen haben,

mit verstärkter Entschiedenheit die alten Forderungen der sozialdemokratischen Frauen auf volles Mitbestimmungsrecht der Frauen in Reich, Staat und Gemeinde, und ihre Zulassung zu allen öffentlichen Körperschaften.

Angehörigere veranlaßt sie das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen im Sinne der sozialdemokratischen Parteiforderungen. Sie unterstützt daher auch auf das entschiedenste den Kampf, den gegenwärtig die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Verwirklichung dieser Forderung führt; verpflichtet aber zugleich auch alle sozialdemokratischen Frauen zu unablässiger laträglicher Propaganda durch das ganze deutsche Reich, bis ein uneingeschränktes Frauenwahlrecht erreicht ist.

Die Konferenz bedauert auf das tiefste die Spaltung der sozialdemokratischen Partei durch die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Sie stellt sich entschieden auf den Boden der alten Partei und fordert demgemäß alle Arbeiterinnen auf, gleichfalls den alten Organisationen treu zu bleiben und latkräftig für sie zu wirken. Die Konferenz billigt endlich auch den Wechsel in der Redaktion der „Gleichheit“, der durch den Abtritt der bisherigen Redakteurin zur Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie notwendig geworden war. Sie sieht in der „Gleichheit“ das wichtigste geistige Bindemittel für die sozialdemokratische Frauenbewegung und macht es allen Parteigenossinnen zur Pflicht, für die weiteste Verbreitung der „Gleichheit“ unter den proletarischen Frauen Sorge zu tragen.

II.

Die auf der Reichskonferenz sozialdemokratischer Frauen versammelten Vertreterinnen deutscher Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, die in erster Linie unter den jurastbaren seelisch zerrütteten Wirkungen des Krieges zu leiden haben, fordern von den maßgebenden Stellen im Reich die unverzügliche Einleitung von Maßnahmen, die den möglichst baldigen Abschluß des blutigen Völkermordens herbeizuführen geeignet sind. Die Konferenz begrüßt die zähe und entschlossene Tätigkeit, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Verbindung mit der Parteileitung seit Ausbruch des Krieges bis zur gegenwärtigen Stunde im Interesse des Friedens ausgeübt hat und wünscht ihren weiteren Bemühungen schnellsten und vollen Erfolg. Das ganze deutsche Volk, insbesondere die kämpferische proletarische Frauenwelt, brauchen dringend den sofortigen Frieden, nicht minder aber die Volksmassen in den feindlichen Ländern. Den proletarischen Frauen und Müttern jenseits der Schladifronten sprechen die Versammelten ihre schmerzlichen Sympathien aus und fordern sie auf, die sozialdemokratischen Parteien in ihren Ländern zu latkräftiger Arbeit zugunsten eines schleunigen Friedens zu veranlassen. Von einem möglichst baldigen Frieden, der ohne Vergeßlichkeiten und Demütigungen der beteiligten Völker auf dem Boden der Verständigung zustande kommt, erwartet die Konferenz auch eine Wiederaufnahme und Verbesserung der internationalen Beziehungen des kämpfenden Proletariats aller Länder, im besonderen auch eine herliche Wiederanknüpfung der internationalen Verbindungen der sozialdemokratischen Frauen.

Genossin Braun schloß die harmonisch verlaufene Tagung mit begeisterten Worten: Die Verhandlungen hätten gezeigt, daß der alte Geist der Kameradschaftlichkeit unter den sozialdemokratischen Frauen noch herrsche. Aber ferner auch, daß der Krieg eine tolle Fülle von praktischen Fragen aufgerollt habe, die, wenn sie von uns in Angriff genommen und gelöst werden, eine so wirksame Propaganda für den Sozialismus darstellen, wie jede andere Art von Agitation es nur sein könne.

Der Zerlesungsprozess in der Schwoizer Sozialdemokratie.

Nationalrat Frei ist von seinem Posten als leitender Redakteur des „Vorwärts“, den er 15 Jahre bekleidet hat, zurückgetreten. Er veröffentlicht dazu eine längere Erklärung, in der er u. a. heißt: „In der Sozialdemokratie herrscht seit längerer Zeit eine Kompositionslage, die man bedauern muß, weil sie den Aktionswert für Gegenwart und Zukunft herabmindert. Alle jöhönen Wählerfolge können über diese Tatsache, die ich vielfach, namentlich auch von allgemein anerkannten Gewerkschaftsführern, konstatieren hörte, nicht hinwegtäuschen. Die inneren Disharmonien, Jost mit dem Grüllverein, Landesverteidigungsfrage, ja selbst ein ausgedehntes Frauenwesen gehen auf Rechnung einer gebemnten Parteientwicklung.“ Auch Dr. Hans Müller, der bekannte Grüllhauser, erhebt neuerdings wieder gleiche Vorwürfe gegen die Schwoizer Partei, deren Krise durch den letzten Parteitag offenbar zum vollen Ausbruch gekommen ist.

Deutsches Reich.

Die Zeitungskaufe der Schwerindustrie.

Die mit schwerindustriellen und allduitschem Kapital ins Leben gerufene „Auslandsanzeigengesellschaft m. b. H.“, die — wie wir schon andeuten konnten — ihre Ziele weder auf das Ausland, noch auf die Anzeigen bekämpfung, hat wie uns aus Bremen gemeldet wird, die dortige stangesebene „Weierzeitung“ durch Kauf in ihren Besitz gebracht, die dadurch natürlich aufhören wird, ein fortschrittliches Blatt zu sein. Wie übrigens in Berlin verlautet, beabsichtigt die „Auslandsanzeigengesellschaft“ auch eine ganze Anzahl anderer großer, in ihrer Linie liberaler Provinzialblätter zu erwerben.

Der Brotpreis im neuen Erntejahr.

Durch Bundesratsverordnungen sind die Preise für Roggen und Weizen aus der diesjährigen Ernte heraufgesetzt worden: sie betragen 270 Mark für die Tonne Roggen und 300 Mark für die Tonne Weizen. Diese Sätze beziehen sich auf den Höchstpreisbezirk Berlin. Die Erhöhung beträgt gegenüber den bisherigen Preisen beim Roggen 50 Mark und beim Weizen 30 Mark für die Tonne. Infolgedessen wird sich naturgemäß im neuen Erntejahr auch der Mehlp reis und der Brotpreis erhöhen. An sich von der Steigerung des Brotpreises ein Bild zu machen, muß man sich die Preise für Mehl und Brot bei dem bisherigen Stand der Getreidepreise vergegenwärtigen. Es kostete, wie eine Nachrichtenstelle feststellt, in Berlin ein Zentner Roggenmehl 16,37 Mark und Weizenmehl 17,87 Mark. Für das Normalbrot wurde ein Milchmehl aus 80 v. H. Roggen und 20 v. H. Weizen verwendet. Der Preis dieses Milchmehls stellte sich auf 16,56 Mark für den Zentner. Der Preis für Roggenbrot war in Berlin von der städtischen Verwaltung auf 19,37 Pfennig festgesetzt. Dieser Preis ergab für den Bäcker, da aus einem Zentner Mehl 135 Pfund Brot hergestellt werden, einen Gewinn von 9,60 Mark vom Zentner Mehl. Bei den neuen Getreidepreisen stellt sich nun der Preis für das Milchmehl aus 80 v. H. Roggen und 20 v. H. Weizen auf 20 Mark. Hieraus würde sich ein Brotpreis von 23,4 Pfennig für das Pfund ergeben. Ein 5 Pfund-Brot würde sich infolgedessen auf 1,17 Mark stellen. Dieser Preis erscheint hoch gegenüber einer Erhöhung des Getreidepreises von 50 bzw. 30 Mark für die Tonne Roggen bzw. Weizen. Der Brotpreis in den letzten Monaten vor dem Kriege stellte sich in Berlin auf 13,6 Pfennig für das Pfund, infolgedessen würde der Brotpreis im neuen Erntejahr um fast 10 Pfennig höher sein als der letzte Friedenspreis.

Baden.

* Die „Badische Landeszeitung“

die sich seit geraumer Zeit lediglich als Nachrichtenblatt geriert, hat sich gestern auch wieder einmal zu einer politischen Rundgebung aufgerafft. In einem Artikel über die gegenwärtige Krise schreibt das Blatt u. a.:
 „In diesen Tagen wird in Berlin vielleicht entschieden werden über das Schicksal dieses größten und opfervollsten aller Kriege und über die Zukunft des deutschen Volkes. Und da sprang die entscheidende Frage auf, ob sich wirklich der Verzweiflung eines Erzberger durchsehen wird, oder ob sich aus der allgemeinen Gärung doch noch eine Regierung herauskristallisiert, die bereit und stark genug ist, dem Volke das zu erhalten und zu sichern, was es in drei opferreichen Jahren errungen hat und was es für seine Zukunft unbedingt nötig hat. Ein Friede aus der Hand eines Rathias Erzberger, der uns vielleicht noch Grausen herbeiführt, wäre ein Danaergeschenk für das deutsche Volk. Wenn sich Sozialdemokratie und Zentrum zusammengesunden haben, ist noch nie etwas dauernd gutes für das Deutsche Reich zum Vorschein gekommen.
 Der überraschende Vorstoß, der sich auch auf die ganze Kriegspolitik erstreckt, hat uns in keiner überraschten Art schwer geschadet, daheim wie im Ausland. Zur Lösung derartiger Schwierigkeiten

riger Probleme, wie sie tatsächlich vorhanden waren, gehören andere Hände als die eines politischen Strudelkopfes vom Schlage eines Erzberger. Mögen jetzt in Berlin die Männer, die politisch wirklich dazu berufen sind, das Steuer an sich nehmen und mit fester Hand halten. Was dem deutschen Volke nach wie vor nottut, ist ein fester Kurs seiner äußeren und inneren Politik unter Stärkung der Rechte seiner Volksvertretung. Das war auch von jeher das Ziel der nationalliberalen Partei.“

Mit dieser schoddrigen Redensart wird die „Bad. Landeszeitung“ wohl kaum den gewünschten Eindruck machen. Wir gehören sicher nicht zu den Verehrern des Hg. Erzberger, aber sein Vorstoß im Hauptauschuß des Reichstags war eine politische Tat. Man wird in der Geschichte der nationalliberalen Partei vergeblich nach einem Vorgang suchen, der die „Bad. Landeszeitung“ berechtigen könnte, zu behaupten, ein fester Kurs in der äußeren und inneren Politik sei von jeher das Ziel der Nationalliberalen gewesen. Nicht umsonst hat die nationalliberale Partei den Titel der „Fraktion Drehscheibe“ erhalten. Es ist eine vollständige Verkennung der Stimmung des deutschen Volkes, wenn die „Bad. Landeszeitung“ meint, es wolle den Krieg so lange fortsetzen, bis wir den sogenannten „deutschen Frieden“ bekommen. Die Bemerkung, daß wenn Sozialdemokratie und Zentrum sich zusammengesunden hätten, noch nie etwas dauernd Gutes für das deutsche Volk zum Vorschein gekommen wäre, ist im höchsten Grade deplaziert. Was hat denn das deutsche Volk durch die Politik der Nationalliberalen Gutes erhalten? Ungerechte Steuern und Zölle in Höhe und Fülle und eine schlechte Politik im Reich und in allen Bundesstaaten.

Die Bedeutung unserer Gewerbeschulen.

Vor längeren Wochen ging durch die Zeitungen Badens eine Notiz, die sich gegen eine Schließung der Gewerbeschulen, wie sie von dem interessierten Seite gewünscht wurde, wandte. Der Verfasser legte dar, daß ohne den tüchtigen Schulsaß des deutschen Soldaten und vor allem ohne seine technische Schulung, die er in seiner breitesten Masse eben in der Gewerbeschule erfährt, in diesem Kriege der technischen Kampfmittel es unmöglich wäre, das Ungeheure und geradezu Wunderbare zu vollbringen und den Angreifern immer neuer Millionenstürme von Feinden aus allen Ländern und Joren der Erde Stand zu halten. Wie richtig der Schreiber jener Zeilen die Bedeutung der Gewerbeschulen für unsere Wehrfähigkeit einschätzte, ergibt sich aus einem völlig ohne Zusammenhang damit verfaßten Brief eines Artillerieoffiziers von der Front in die Heimat. Der Verfasser stellt seit Beginn des Krieges in der Kampfmittel und weiß daher die Verhältnisse wohl zu beurteilen. Er schreibt u. a.:

„Wenn wir unsere guten Schulen nicht hätten, wo würden wir z. B. unsere Nichtflieger, unsere Geschützführer hernehmen, wer könnte uns die vielen gewandten Fernsprecher, die Hilfsbeobachter stellen, wer die jetzt so geschätzten Batterieführer und Waffensammler? Ein Artillerie-Neutrump oder Schallmeßtrupp ohne technisch vorgebildete Leute, ohne Mannschaften, die in der Gewerbeschule rasch und gewissenhaft arbeiten, geübt gelernt haben, ist unmöglich, undenkbar! Wie froh ist jeder Batterieführer an jedem einzelnen Handwerker. Er schätzt den Schmied, wie die paar Zimmerleute, Maurer, Schlosser oder Mechaniker, die er gütigstentfalls noch herausfindet in seiner Batterie und die ihm alle und bei allen Gelegenheiten, sei es bei Reparaturen oder beim Stellungsbau wertvolle Dienste leisten. Der Batterieführer sucht jeden einzelnen wie Goldkörner! Im Felde da ist der Mann noch was wert — das gilt auch hier für unsere tüchtigen und tapferen Handwerker, für die jungen wie für die alten, zu ihrer Ehre sei gesagt.“

Wahrlich eine schöne Anerkennung von uninteressierten, aber maßgebender Seite und die Lehrer der Gewerbeschulen mögen sich gemeinsam mit unserem Handwerkerstand ihrer ehlich freuen. Andererseits darf aber auch die Allgemeinheit von der Regierung erwarten, daß alles getan wird, um die Gewerbeschulen nach Möglichkeit in Betrieb zu erhalten. Darum hat nicht nur die Heeresleitung, die ständigen Bedarf an gut ausgebildeten Kräften hat, ein lebhaftes Interesse, sondern vor allem auch der Gewerbestand, der mit mangelhafter oder gar nicht geschulten Gesellen und Arbeitern sich nach dem furchtbaren Kriegswinter nicht wieder emporarbeiten kann. Und gerade jetzt, wo gar oft unter der Folgewirkung des Krieges die Lehre in der Aneignung von ein paar Handgriffen besteht, ist die Schule doppelt und dreifach notwendig, wenn dauernder Schaden für den Einzelnen und damit auch für die Allgemeinheit verhütet werden soll.

Theater und Musik.

Opernhaus. Festkonzert. Mit dem Konzert zum Feier des Geburtsfestes des Großherzogs schloß das Opernhaus sehr glücklich die Vorstellungen des Spieljahres ab. Und dieser Abschluß befriedigte so durchaus. Schubert, Mozart und Beethoven bekamen mit drei Kammermusikern das letzte Wort, das von keinem der Modernen so schön hätte gesprochen werden können. Schuberts Oktett, Mozarts fortartantes Quartett, Beethovens Septett, lauter Werke, die man selten zu hören bekommt, weil Holzbläser im Kammermusiksal meist fehlen. Und gerade für Horn und Klarinette haben wir hier ja die glänzendsten Vertreter (die Herren Kämpfe, Suttner), die auch am Montag den Hören wieder recht eindringlich klar machen, daß Holzbläserklang von Streichern an Schönheit keineswegs nachsteht. Unter ihnen fielen durch schönes Spiel vor allem auf die Herren Müller (Bratsche) und Wettershaus (erste Geige). Auch die anderen musizierten gut und mußten sich mit diesem summtönen Lob begnügen: die Herren Trankeffer, Braher, Grischow, Spranger, Soman. Herr Fiegler und Frau Palm sangen einige Schubertlieder, von Herrn Cordolezis am Flügel begleitet. Daß diese Begleitung manchem berechtigten Wunsch weihen kann, ist doch nicht zu bezweifeln, denn Fieglers Vieder klingen unter ihr stark. Frau Palm liegt Schubert an sich nicht. Sie sang ihn mit einem Aufwand, der jeder modernsten tragischen Oper, nur nicht Schubert angemessen wäre. Aber diese wirklichen Unebenheiten vergaß man gern neben den guten Einzel- und Gesamtleistungen der genannten Kammermusiker. Wenn wäre eine lange Zeit der Anspannung, frei auch von der sicherlich unliebsten empfindenen Dienstleistung an der Operette des Opernhauses ausreichend zu wünschen. P.

Städt. Konzerthaus. Der Großherzogs Geburtsstag brachte uns als Festvorstellung das „schmalzige“ „Dreimäderlhaus“. Wir für unsere Teil müssen immer wieder bedauern, daß man die

herrliche Schubertmusik zu solchen „Fabrikaten“ freigeibt, ganz zu schweigen von der „Bachlappenfigur“, die man dem Almeister selbst dabei zugebott hat. Einem wahren Kunstfreund muß doch beim Anblick dieses Stüdes unwillkürlich ein Gefühl der Beschämung beschleichen, wenn er sehen muß, wie hier einer unserer bestkühnlichsten Tonmeister in den Schmutz gezogen wird. Daß aber trotz dieser Tatsachen das Stück immer wieder den denkbar größten Beifall findet, zeigt davon, wie oberflächlich, wie wenig kunstverständnis das heutige Theaterpublikum ist. Gewiß, es läßt sich nicht leugnen, die Ueberdeu des „Dreimäderlhaus“ haben es verstanden, ihrer „Schöpfung“ die nötige Süßigkeit und Sentimentalität einzuverleihen, so daß es den Herzen unserer schwächsten Jünglinge und Vorfische zugänglich gemacht ist. Vergegenwärtigt man sich dazu noch die ohne Zweifel trefflichen Bühnenbilder, so muß ja auf Kosten der Schubertischen Musik die Wirkung eine erfolgreichende sein. Doch muß der Erfolg unbedingt auf Konto Schubert gebracht werden.

Die Aufführung als solche stand wiederum unter einem günstigen Stern. Die Besprechung über die Hauptdarsteller, die uns ja von unserer Hofbühne her bekannt sind, dürfen wir uns wohl sparen. Fel. Johanna Mayer zeigte als Hannele, daß sie besondere Beachtung verdient. Die junge Künstlerin hat freilich gegen Frau Müller-Reichel, ihrer Vorgängerin in dieser Rolle, einen schweren Standpunkt. Sie mußte vor allen Dingen in dem Spiel etwas weniger komödiantisch wirken und mehr Natürlichkeit vorweisen. Dann läßt die Stimme noch an Klarheit zu wünschen übrig. Mode Vindegegang und nicht so viel „hoden“, dann wird auch die Aussprache verständlich werden. Den „Opernsänger Vogel“ gab Herr R. Wiesendanger, ein Wunder unseres derzeitigen Operntentens, als Gast. Der Künstler konnte dank seiner wohlgeübten, ausgiebigen Baritonstimme unseren früheren Vertreter in dieser Rolle, Herrn von Gortom, voll und ganz ersetzen. Ebenfalls neu war Herr Ernst Herz als Detektiv Monomus. Es ist unabweisbar ein großes Können, das diesem Künstler ermöglicht, sich in jede Charakterrolle hineinzuwenden. Sein Detektiv war wieder eine Glanzleistung, die die Bachmusikeln unausgesetzt in Bewegung brachte. Auch unseren braven Orchesterleuten sei gedankt für die unter Herrn Schepes umsichtiger Leitung meisterlich zum Vortrag gebrachten Schubert-Weisen. E. H.-r.

— Ettlingen, 10. Juli. Die Gemeinde Maßch hatte ihre Jagd an einen Belgier für 8829 M. verpachtet. Als dann nach Ausbruch des Krieges den Angehörigen feindlicher Staaten unterlag wurde, innerhalb des Reichs die Jagd auszuüben, weigerte sich der Belgier, die Pachtsumme zu bezahlen. Die Gemeinde Maßch klagte und gewann beim Landgerichte den Prozeß, weil der Belgier der Jagd durch einen Reichsangehörigen hätte ausüben lassen können. Der Anschlag hat sich später das Oberlandesgericht Karlsruhe und in letzter Instanz jetzt auch das Reichsgericht in Leipzig angeschlossen.

+ Kaffatt, 10. Juli. Sozialdemokratische Partei, Mitgliedschaft Kaffatt. Am kommenden Samstag, 14. Juli, abends 1/9 Uhr, findet im Lokal „Gasthaus zum Rappen“ eine Parteiverammlung statt mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Würzburger Parteitag und Wahl der Delegierten zu der am 22. Juli stattfindenden Wahlkreis-Konferenz“. In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller noch anwesenden Parteimitglieder, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

* Waldkirch, 11. Juli. Bei den Holzverkäufungen in den Staatswaldungen Kappelburg und Engelwäld wurden die Baumholzschöpfung Preise erzielt. Trotz der Wärmegrad des Gr. Forstamts vor Ueberbietungen galt hohes Scheitelpreis, das zu 52 M für den Klotter angefahren war, 140—147 M. Wir haben verschiedentlich schon gegen das System der Holzverkäufungen in jehiger Zeit Front gemacht. Leider ohne Erfolg. Es wird nötig weiter vertieft. Will der Staat selbst das Odium auf sich nehmen, die Kollage der Bevölkerung in unzulässiger Weise auszunutzen? (D. Med.)

be. Wolfach, 10. Juli. In Oberwolfach ist der zwei Jahre lang in französischer Gefangenschaft gewesene Gefreite Gottlieb Krußbräuer nach einer Kluft von 25 Tagen wußbelhalten eingetroffen.

* Konstanz, 10. Juli. Herzingefallene Sammler. Zwei Herren aus Konstanz hatten versucht, in einer schwäbischen Gemeinde bei einem Käseversteigerung zu kaufen. Es boten dem Käufer für zwei Zentner 200 M., während 48 M. für einen Zentner vorgegebener Preis ist. Der Käufer ging auf, und auf das Geschäft ein, nahm das Geld an sich und überließ den Konstanzer Sammlern nach Vereinbarung nahezu 1/2 M. der Ware, die sie in einem Automobil fortbrachten. Der Käufer wird den dafür bezahlten Betrag von 200 M. dem Landjäger übergeben und den beiden Herren hat das Kaufversteigerungsgeld keine einpausen lassen. Als sie diese dann auspackten, moß die Schärden nicht gering gewesen sein. Ob sie aber ihre Geld bei dem Landjäger erheben werden, muß billig bezweifelt werden.

be. Waldsiedel, 10. Juli. Während einer Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengerichte fiel der 30jährige Angeklagte Waldsiedel ansidein in Ohnmacht. Als ihm von den Gefangenenwärtern Hilfe zuteil wurde, wurde er gegen diese handgreiflich und so dann einen sechs mal geladenen Revolver und richtete ihn nach einem Bedarmen. Dem Beamten gelang es, den Köpflinger zu überwalligen und zu fesseln. Weidner, der sich wegen Anmähung der Beamtengeheimhaltung eines Wählbüters zu bekenntnis holte, wurde in das städtische Krankenhaus gebracht.

be. Hebelberg, 10. Juli. Der türkische Unterrichtsminister Schürli bei besichtigte hier verschiedene Gewerkschaften und hatte eine längere Unterredung mit dem Professor der hiesigen Universität Geheimrat Endemann. Später weilte der türkische Minister auf der Königtulsternwarte.

be. Hebelberg, 11. Juli. Der Bürgerauschuß wird sich in seiner Sitzung vom 30. Juli mit dem Bau von Wohnhäusern für Kriegsbeschädigte und für kinderreiche Familien zu beschäftigen haben. Die Stadt beabsichtigt keine Verkaufhäuser mit halbamtlich-wirtschaftlichem Charakter, die je für eine kleinere oder größere Familie bestimmt sind, in der Nähe der Station Schierbach zu errichten. Vorläufig sollen 18 Wohnhäuser, darunter einige Doppelhäuser, erstellt werden. Der Bürgerauschuß wird sich der Erhöhung der Gaspreise auf 2 Pfg. von 14 auf 16 Pfg. und der Erhöhung der elektrischen Strompreise um durchschnittlich 10 Pfg. bei Licht- und um 5 Pfg. bei Kraftstrom zu befassen haben.

be. Hebelberg, 10. Juli. Am Samstag fand ein Eisenbahnunfall oberhalb der Springshöhe liegende eine weibliche Arbeiterin, die sich eine schwere Schlagwunde beigebracht hatte. Sie wurde in das Krankenhaus überführt und ist dort gestorben, ohne daß sie das Bewußtsein wiedererlangt hatte. Es handelt sich um eine Bankbeamtin aus Altried, die in Mannheim in Stellung war. Der Grund der Tat dürfte eine unglückliche Krankheit sein.

* Mannheim, 11. Juli. Allen Ernstes meldet der französische Heeresbericht als „Erfolg“ des Heeresertrags auf Mannheim Ludwigsbahnen in der Nacht zum letzten Samstag, daß die Weiblich-Kinilinfabrik in Ludwigsbahnen ein Knäus der Planen gewonnen ist. Es ist erstaunlich, bemerkt dazu das „Mannh. Tagbl.“, diese Kilometerlange Fabrik abbrechen konnte, ohne daß man

Die Glockenkanonen.

Im Gefühl hoch über dem winnkelnden Jahre gegangen, hoch über dem winnkelnden Weltgenieß, Wiege und Totenschrein ging in ihr klingenbes Glockenleben ein und schloß in ihrem Schall gefangen.

Diese wilde Zeit, reißt die Glocken vom Eisen, stellt sie als Haubtzen bereit für den wirbelnden Frühlingsturm. Ueber des Krieges Wirtaltart dröhrt die Kanone, die einst Glocke war.

Als der Kanonier den ersten Schuß abreißt, lauscht die Welt. Aus dem Rohr schwingt sich mit Kraft hervor ungewandelter Glockengeist und läutet und gellt.

Allen Kanonen, Haubtzen und Mörtern ertönt Geläut und herrlicher Klang. Mit Macht ist in jedem Geläut die Glocke ertönt; die klingt und lagt und jubelt über der Schlocht.

Simmel und Land sind in den einen Ton gebannt, hollen wider von dem urreigen Glockentede: Friedel! Friedel!

Karl Prögl

den geringsten Feuerzeichen wahrnahm. Die Angabe beschränkt die Zuverlässigkeit der französischen Meldungen überhaupt.

Mannheim, 10. Juli. Im Alter von 72 Jahren ist hier der langjährige Teilhaber der Hofbuchdruckerei Max Hahn u. Co., Carl Hahn, gestorben.

Redargemünd, 10. Juli. Aus unbekanntem Grunde hat sich auf dem hiesigen Redarriedhof ein 17jähriger Schüler aus Mannheim erschossen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 10. Juli.

Zur Ledermol.

Durch die Zeitungen macht folgende Notiz die Kunde: Infolge der durch den Krieg verursachten Abschneidung aller Leder- und den ungeheuren Bedarf des Heeres machte sich bald ein Mangel an Leder bemerkbar, der sich in den erhöhten Lederpreisen kundgab. Es sind nur sehr geringe Mengen Leder, die für die Zivilbevölkerung freigegeben werden. Die Angabe des Leders an die Schuhmacher stellt zur Bedingung, daß das Leder nicht für die Schuhe, ja nicht einmal für geringe Sohlen, sondern nur für Ausbesserungen benutzt wird, und soll künftighin von der gleichzeitigen Abnahme einer gleichen Menge Holzsohlen abhängig gemacht werden. Was fertigen Schuhwaren im Lande war, ist zum größten Teile verbraucht worden. Die mittleren Schuhnummern für Erwachsene sind überhaupt nicht mehr zu haben. Wenn unter Schuhzeug jetzt in den heißen Monaten nicht sparsam behandelt, können wir in der kaltesten Winterszeit ungemessen sein, ohne Lederfußwerk zu haben. Um aber an Leder zu sparen: was liegt da näher als in der heißen Jahreszeit ganz barfuß zu gehen oder wenigstens in Holzsohlen? Unsere Vorfahren, die alten Germanen, kannten ja auch keine Fußbekleidung. Die alten Griechen und Römer, die uns in mancher Beziehung als Vorbild gelten, gingen ebenfalls nur barfuß oder in Sandalen. Ihre Körperformen, die uns durch Bildwerke überliefert sind, erwecken heute noch unsere Bewunderung. In Würzburg gehen nicht nur die Studenten, Studentinnen, Schüler und Schülerinnen aller Lehranstalten, sondern auch Professoren, Lehrer und Dozenten, kurz ein großer Teil der Bevölkerung aller Klassen barfuß. Der Schuh in der unvernünftigen Form, wie wir ihn jetzt tragen, ist ein Geschenk der Franzosen, die wir bis zum Kriege slavisch als tonangebend in der Mode betrachteten. Fort mit diesem Danaergeschenk unserer Feinde! Wir sind jetzt das Nützliche mit dem Angenehmen verbunden und wir eine vernünftige deutsche Mode in der Fußbekleidung ein.

Kleider und Wäsche für Minderbemittelte. Bereits vor längerer Zeit hat die Reichsbekleidungsstelle durch die Kommunalverbände größere Mengen von Strümpfen verteilt lassen. Jetzt hat sie durch ihre Geschäftsabteilung, die Reichsbekleidungsstelle, eine große Anzahl von Strümpfen und Unterwäsche bereitgestellt, und zwar Sommeranzüge für Männer aus Wollstoffen, Herbst- und Winteranzüge für Männer aus halbwollenen Stoffen und baumwollenen Stoffen, Zudenkleider für Frauen aus Wollstoffen, Blusen für Frauen aus Baumwollstoffen, Kleider für Frauen aus wollenen, halbwollenen und baumwollenen Stoffen, Hemden und Unterhosen aus Baarchen für Männer und Frauen.

Diese Bekleidungsstücke werden, wie das „Berliner Tageblatt“ schreibt, zunächst den Kommunalverbänden zugeleitet. Sie werden nahegelegt, die Anzüge an den Kleinhandel weiterzugeben und durch diesen auf die Verbraucher verteilen zu lassen. Die Preise schwanken für Männeranzüge zwischen 10 und 25 Mark, für einzelne Hosen zwischen 15 und 35 Mark, für Frauenanzugkleider zwischen 50 und 70 Mark, für Sommerkleider zwischen 15 und 30 Mark, einzelne Frauenkleider zwischen 7 und 10 Mark. Die Waren dürfen nur zur Deckung des dringlichsten Bedarfes der bedürftigen Bevölkerung und nur dort verwendet werden, wo sonst die Bekleidung in Not geraten würde, und wo sie auch nicht in der Lage ist, solche Waren im freien Handel zu erwerben. Die Bekleidungsstücke unterliegen der Bezugspflicht.

Türkischer Besuch in Karlsruhe. Am Samstag vormittag besuchte der türkische Unterrichtsminister Schüchti bei uns eine Volkshochschule und eine höhere Schule. Am Nachmittag wurden das Fluglaboratorium, das chemische Institut und das chemisch-technische Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe besucht. In der Begleitung des Gastes befand sich der Beirat des osmanischen Unterrichtsministeriums Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Schmidt.

Heimkehr Internierter. Gestern vormittag traf hier ein Internierter ein. Die deutschen Krieger wurden von der Herzogin Luise begrüßt, die sich über die Ergebnisse der Besuche und über den Aufenthalt der Internierten in der Schweiz berichtet hat. Um 8 Uhr fuhr der lange Sonderzug, der durchweg aus modernen Durchgangswagen 1. und 2. Klasse bestand, in der Richtung nach Frankfurt weiter. Die einzelnen Wagen laufen durch nach Würzburg, Nürnberg, Mainz, Köln, Hannover, Kassel, Breslau, Posen usw. Der Abschied gab den Heimkehrenden durch laute Zusage aus den Fenstern ihren Dank und der Freude, daß sie wieder auf deutschem Boden sind, lebhaften Ausdruck.

1120 Mark gefunden. Im Stadteil Veitersheim wurden dieser Tage von Kindern der Betrag von 1120 M. bei dem städtischen Amt in der 16 teils in Rollen, teils offen in 20 Mark-Stücken gefunden. Wie das Geld dorthin kam, bedarf noch der Aufklärung.

Wahlbezirks-Geburtsstiftungs-Spende. Dem Badischen Landesrat vom roten Kreuz sind für Kriegswohlfahrtszwecke weitere 1000 Mark von: Hofrat Professor Dr. von Wed 500 M., Weill, Hofrat Dr. Weill 500 M., Graf Friedrich Douglas 500 M., Hofrat Dr. von Dück 500 M., Ebersberger u. Rees 1000 M., Hofrat Dr. Köhne 1000 M., Kommerzienrat Dr. Henning 500 M., Kommerzienrat Fris Gomburger 3000 M., Junfer u. Ruch 1000 M., Kommerzienrat Robert Koelle 500 M., Kreisbauinsp. Karlsruhe 1000 M., Lebensbedarfsverein 500 M., Brauerei Moninger 500 M., Geh. Hofrat Prof. Dr. v. Dechshäuser 500 M., Brauerei Rühl 1000 M., Färberei C. Brink u. Co. 500 M., Privatier Otto Brink 2000 M., S. S. Wimpfheimer 500 M. Von auswärtig sind eingegangen: Bengewerle Mannheim 50000 M., Geh. Kommerzienrat Dr. H. Wollmer, Mannheim 5000 M.

Kein „Kriegsmus“ im nächsten Winter. Eine für die Lebensmittelpflege unserer Bevölkerung im nächsten Winter besonders erfreuliche Nachricht geht uns zu. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat sich infolge der schlechten Erfahrungen mit dem durch Zufuhr von Kohlrüben „gestreckten“ Kriegsmus entschlossen, für das kommende Wirtschaftsjahr auf die Verwendung von Kohlrüben zur Gemüseherstellung vollständig zu verzichten. Es wird also kein „Kriegsmus“ in dem üblichen Sinne mehr geben, wie es wohl alle Schichten der Bevölkerung leider bis in die letzte Zeit hinein kennen gelernt haben. Im nächsten Winter wird es lediglich Kriegsmus geben, das aus mehreren Obstsorten zusammengelocht ist — eine Herstellungsweise, die in vielen Haushaltungen schon im Frieden mit bestem Erfolge angewendet worden ist.

Das „Kriegsmus“ war in gewisser Hinsicht eine der schlimmsten Prüfungen, die unserer Bevölkerung auferlegt wurde. Das Ergebnis war denn auch, daß die Gemeinden zuletzt das Kriegsmus freihändig in beliebigen Mengen abzusetzen versuchten, und als sie es auch auf diese Weise nicht verkaufen konnten, der Kriegsmusmangel sich überhandnehmen zu lassen. Diese Gesellschaft hat, wie der Berliner „Vorwärts“ mitteilt, ungeheure Mengen von Kriegsmus zurückgehalten, die jetzt wertlos sind.

Die Kohle.

In der 109. Sitzung des Oberen Elektrotechnischen Vereins, die dieser Tage hier stattfand, hielt Herr Oberingenieur S. Büggeln von Stuttgart einen Vortrag über „Die Gewinnung von Nebenerzeugnissen bei der Kohlevergasung, ihre wirtschaftliche Bedeutung und ihre Bedeutung für die öffentliche Elektrizitätserzeugung“. Der Redner machte darauf aufmerksam, daß es notwendig sei, mit den verfügbaren Energiequellen, besonders mit der Kohle, sparsamer umzugehen. Wir haben in den letzten Jahrzehnten sowohl im Materialverbrauch, als auch mit den Arbeitskräften in der Kohlewirtschaft gearbeitet. Hollinger hat ausgerechnet, daß wir in den letzten 15 Jahren durch ungenutzte Ausnutzung unserer Wasserkräfte 8 Milliarden Mark verloren haben und das Ausland um diesen Betrag reicher geworden ist. Dieser Vorwurf ist nicht ganz berechtigt, weil sich die Elektrotechnik, durch deren Vermittlung eine vollkommene Ausnutzung der Wasserkräfte nur möglich ist, erst innerhalb der letzten 15 Jahre zu ihrer heutigen Blüte entwickelt hat. Jetzt liegt die Sache anders, und es ist dringend nötig, daß wir nach dem Kriege sofort mit dem vollkommenen Ausbau sämtlicher Wasserkraftwerke beginnen.

Wiel bedeutender ist die bisherige Rohstoffwirtschaft mit der Steinkohle, weil die in ihr enthaltene Wärme in unsern heutigen Dampfmaschinen nur mit etwa 5 bis 20 Prozent ausgenutzt werden kann. Sodann gehen bei der Verfeinerung der Kohle viele wertvolle Stoffe verloren, die auf dem Wege der Vergasung zu gewinnen wären. Der Redner gibt dann einen Überblick über die Kohlenvergasung der Erde und über die Steigerung des Kohlenverbrauchs seit dem Jahre 1885. Der Verbrauch an Steinkohlen hat sich im Jahre 1913 auf etwa 200 Millionen Tonnen und an Braunkohlen auf etwa 100 Millionen Tonnen gesteigert. Selbst wenn eine weitere Steigerung nicht eintreten würde, könnten wir mit unsern deutschen Kohlenvorräten nur noch etwa 1400 Jahre ausreichen. Es mehrten sich daher die Stimmen, die mit Mühsicht auf unsere Nachkommen eine größere Sparjamkeit forderten.

Gegenwärtig sind wir zunächst noch auf die Nebenerzeugnisse angewiesen, die bei der Kohlevergasung entstehen. Dies sind vornehmlich Teer, Ammoniak, Cyan, Schwefelwasserstoff und Naphtalin, also Stoffe, deren Wert man heute wohl zu schätzen weiß, die aber gegen Mitte des vorigen Jahrhunderts als recht lästige und störende Beigabe angesehen wurden. Aus dem Teer werden Schwärze, Benzol, Sprengstoffe, unsere weltberühmten Anilinfarben und noch viele andere Stoffe gewonnen, während das Ammoniak der Grundstoff eines vortrefflichen Düngemittels, des schwefelsauren Ammoniaks oder Ammoniumsulfats, ist. Letzteres ist mit seinem Stickstoffgehalt von etwa 20,5 Prozent dazu berufen, den nur 15 Prozent Stickstoff enthaltenden ausländischen Chilisalpeter vollständig zu verdrängen.

Redner gibt dann einen Überblick über die Verfeinerung von Stickstoffdüngemitteln im Jahre 1913 und stellt fest, daß wir im Jahre 1913 785 467 Tonnen Chilisalpeter im Wert von rund 173 Millionen Mark verbraucht und unser Volkswesen um diesen Betrag geschädigt haben, obwohl wir gut in der Lage wären, genügend Ammoniumsulfat im Lande zu erzeugen, wie dieses ja auch während des Krieges geschah.

Der Vortragende bespricht die Arbeiten von Dr. Wilhelm Scheuer (Glaser's Annalen, Band 76, Heft 11 und 12) über „Die Gewinnung und Verwertung von Nebenerzeugnissen bei der Verfeinerung von Steinkohle und Braunkohle“, sowie eine Arbeit von Dr. Wesemfelder (Zeitschrift für technischen Fortschritt 1916, Nr. 2 u. 3) über „Das belagerte Deutschland und sein Stickstoff“, aus denen man sieht, daß die allgemeine oder auch nur teilweise Vergasung der Kohle gar nicht so einfach durchzuführen ist. Unsere Forschung und Wissenschaft muß in Verbindung mit der Technik eifrig weiterarbeiten, muß tiefer als bisher in das dunkle Geheimnis der Kohle eindringen und neue Arbeitsmethoden erfinden, um den Verbrauch an Kohlen durch Steigerung der Wärmeausnutzung möglichst einzuschränken und dabei die Nebenbestandteile möglichst vollkommen zu gewinnen. Der Redner schloß seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag mit dem Wunsch, daß diese sehr wichtige Aufgabe nach dem Kriege zum Segen unserer Volkswirtschaft rasch bald gelöst werde.

Genossenschaftsbewegung.

Die Behandlung der Kundenschaft durch die Kleinhandl. Infolge der durch den Krieg herbeigeführten Warenknappheit ist das Verhältnis zwischen Händler und Publikum ein vollständig anderes geworden, als es vor dem Kriege war. Damals kämpften die Händler um den Absatz ihrer Waren. Sie waren eifrig bemüht, möglichst viele Waren an den Mann (oder an die Frau) zu bringen, und darum bearbeiteten und umschmeichelten sie das Publikum in jeder Weise, um es zum Kaufen zu bewegen. Heute teilt sich das Publikum um die vorhandenen Waren und die Händler haben ein größeres Interesse daran, den Einkauf an Waren seitens ihrer Kunden einzudämmen, als dazu anzureizen. Das meiste Menschen bekenntlich in ihrer Handlungsweise wesentlich durch ihr Interesse beeinflusst werden, so ist es ganz erklärlich, daß die Händler an Stelle der früheren Lebenswürdigkeit eine abweisende Haltung einnehmen. Darüber wird allgemein geklagt, und schon haben verschiedene Behörden sich genötigt gesehen, die Händler zu einem höflichen Benehmen zu ermahnen. Auch berichten die Zeitungen nicht selten von Händlern, die ihre Kundenschaft geradezu rülpelhaft behandeln.

Gegen die Beschuldigung der Unhöflichkeit wendet sich die Kleinhandl. Presse. Da muß es ihr denn wohl sehr unangenehm sein, daß die „Amberger Volkszeitung“, ein mittelfränkisches Blatt, die großartige Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine rühmt, und dabei folgende Bemerkung macht: „Gar manche wirtschaftlich erfahrene Männer hatten einen Rückgang der Konsumvereinsbewegung während des Krieges prophezeit. Die lange Dauer, die teure Lebenshaltung treiben

aber manche, die dem Konsumverein bisher nicht freundlich gegenüberstanden, in die Reihe seiner Mitglieder. Auch die herablassende, gnädige, wenig liebenswürdige Art der Behandlung der Kundenschaft, die da und dort zu beobachten ist, schafft unsern kaufmännischen Mittelstande manchen dauernden Gegner seiner Interessen und fördert die Konsumvereinsbewegung.“

Demgegenüber darf wohl gesagt werden, daß das Personal der Konsumvereine mit verminderten Ausnahmen nach wie vor sich einer höflichen Bedienung befleißigt, obgleich es mit ungenügenden Schwierigkeiten zu kämpfen und manchen Kerger herunterzuschneiden hat. Es rührt dies daher, daß die Konsumvereine das Allgemeininteresse, die Händler aber ihre Privatinteressen vertreten.

Neues vom Tage.

Nordprozeß.

Konstanz, 10. Juli. Der Kaufmann Oppikofen, der im September v. Js. in Frauenfeld (Schweiz) seine Tante und seine Großmutter ermordet hatte, um sich in den Besitz ihres Geldes zu setzen, wurde vom Schwurgericht Frauenfeld zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Letzte Nachrichten.

Weitere 24 500 Tonnen versenkt.

Ein Fliegerangriff auf russische Stützpunkte. **W.B. Berlin, 10. Juli.** 1. Neue U-Booterfolge auf den nördlichen Kriegsschauplätzen: 24 500 BRT. Unter den versenkten Schiffen befanden sich die englischen Dampfer „Cele“ (6557 Tonnen), mit Munition und Beizen von Boston nach Liverpool, „English Monarch“ (4947 Tonnen), mit 8000 Tonnen Kohlen von Glasgow nach Livorno.

2. Fliegerangriffe auf russische Stützpunkte in der östlichen Ostsee. In den letzten Tagen sind von unseren Flugzeuggeschwadern der nordbaltischen Küste die Batterien, Kasernen und Hafenanlagen bei Zirci und Arensburg auf der Insel Osel erfolgreich und wiederholt mit Bomben belegt worden, wobei Treffer und langandauernde Brände beobachtet wurden. Trotz heftiger Beschichtung durch feindliche Batterien sind unsere Flugzeuge von allen Unternehmungen unberührt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Milderung der Zensur in Ungarn.

W.B. Budapest, 11. Juli. Durch einen Erlass des Justizministers werden die bisherigen Zensurvorschriften wesentlich gemildert. Der Minister wünschte, daß nur diejenigen Schranken der Freiheit der Presse hemmen, die durch die Interessen der Kriegführung einschließlich auswärtiger Politik Kriegszielstörungen und Volksernährung unbedingt geboten sind. Innerhalb dieser Schranken wird allen Mitteilungen und Artikeln, die Fragen der inneren Politik behandeln, namentlich Verfügungen der Regierung kritisieren, volle Freiheit gewährt. Schließlich hat der Minister die Zensur über eine Anzahl Blätter aufgehoben.

Die Offiziersverluste der Italiener.

Berlin, 11. Juli. Wie das Berliner Tageblatt berichtet, seien nach einer inoffiziell geführten, aber bisher als recht zuverlässig bewährten Statistik seit Beginn des Krieges Österreichs mit Italien bis einschließlich den 30. Juni 1917 im ganzen 6827 italienische Offiziere gefallen, darunter 15 Generale, 83 Obersten und andere Stabsoffiziere, 1229 Hauptleute und 5202 Subaltern-Offiziere.

Eisenbahnerstreik in Finnland.

Berlin, 11. Juli. Der Lokalanzeiger meldet aus dem Haag: Wie das „Allgemeine Handelsblatt“ aus Stockholm berichtet, sei in Finnland ein ausgebreiteter Streik unter den Eisenbahnern ausgebrochen. Die Bevölkerung fordere die Zurückziehung der russischen Truppen.

Eine Proklamation Wilsons.

W.B. Washington, 11. Juli. Wilson erließ eine Proklamation, durch die vom 5. August an die Nationalgarde des ganzen Landes in die amerikanische Armee eingereiht und zum aktiven Dienst aufgerufen wird.

China wieder Republik.

Amsterdam, 10. Juli. Ein hiesiges Blatt meldet aus Washington, das Staatsdepartement habe die Nachricht erhalten, daß die demokratische Regierung in China wiederhergestellt und Kung-Ku-Tschang der neue Präsident ist.

Briefkasten der Redaktion.

K. S. Auenheim. Gefällige Verpfändung besteht in diesem Falle nicht.

Briefkasten der Expedition.

Nach Anielingen. Durch den Wechsel in der Person der Austrägerin ist in den letzten Tagen dort eine Störung in der Zustellung des „Volkstreu“ eingetreten. Es ist dafür Sorge getragen worden, daß die Zustellung des Blattes nun wieder eine geordnete wird. Wir bitten unsere Leser dort, die Störung entzweifelnd zu wollen.

Wasserstand des Rheins.

11. Juli.
Schifferinsel 3 10 m, gest. 0 cm, Keßl 3.96 m, gest. 30 cm
Magau 5.58 m, gest. 29 cm, Mannheim 4.55 m, gest. 11 cm.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kolb; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter.) Am Samstag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal zum „Württembergischer Hof“.

Soziale Rundschau.

Von dem Vermögen der Volksfürsorge, der am 1. Juli 1913. als erst ein Jahr vor Ausbruch des Krieges in Tätigkeit getretenen Volksversicherungsgesellschaft, waren am Schlusse des Jahres 1916 in 39 erstellten Hypotheken 1.522.889,80 M festgelegt, davon sechs mit 554.000 M zu 4 1/2% und 33 mit 2.968.889,80 M zu 4 1/2% Zinsen. Von diesen 39 Hypotheken sind neun Tilgungs- und 30 feste Hypotheken, 2 Millionen Mark waren in Wertpapieren mit einem jährlichen Zinsertrag von 95.000 M angelegt. Weiter waren 249.000 M in fünf einzelnen an deutsche Gemeinden gegebenen Tilgungsdarlehen angelegt. Das Guthaben bei den Banken betrug 184.510,84 M. Im ganzen betrug der Kapitalzinsenertrag im Jahre 1916 221.888 M.

Fürsorge für Kriegsgefangene. Der Bundesrat beschloß in seiner Sitzung vom 5. Juli ein Gesetz über Fürsorge für Kriegsgefangene. Es wird darin bestimmt, daß Gesundheitsfürsorge, welche deutsche Militärpersonen oder andere unter die deutschen Militärgeetze fallende Personen in feindlicher Kriegsgefangenschaft erleiden, als Dienstbeschädigungen gelten, wenn sie infolge von Arbeiten, zu denen die bezeichneten Personen verwendet werden, oder durch einen Unfall während der Verrichtung solcher Arbeiten eingetreten oder wenn sie durch die der Kriegsgefangenschaft eigentümlichen Verhältnisse verursacht oder verschlimmert worden sind. Feindliche Militärpersonen, oder ihnen gleichgestellte Personen, die in feindlicher Kriegsgefangenschaft eine Gesundheitsfürsorge erleiden, solange sie sich in der Gewalt einer feindlichen Militärverwaltung befinden, ebenfalls eine angemessene Fürsorge.

Familienunterstützung. Um möglichst volle Einheitlichkeit in der Durchführung des Familienunterstützungsgesetzes zu gewährleisten, hat der Reichskanzler (Reichsamt des Innern) erneut in einem an die Bundesregierungen gerichteten Rundschreiben zu verschiedenen Fragen auf dem Gebiete der Familienunterstützung ausführlich Stellung genommen. Für die breitere Öffentlichkeit sind insbesondere die folgenden Bestimmungen des Reichskanzlers von Interesse:

Bekanntmachung.

Zur Gewinnung sollen auch in diesem Jahre die Steine von roten, gelben oder schwarzen Kirschen, Pfämen, Zwetschen, Mirabellen, Reineclauden, Aprikosen (Birsche nicht), sowie Kürbis-, Apfelsinen-, Zitronenkerne gesammelt werden.

Die Steine und Kerne sind nach Möglichkeit zu reinigen, von anhängendem Fruchtfleisch zu befreien und in der Sonne zu trocknen. Bei der Lieferung müssen die einzelnen Sorten von einander getrennt sein.

Sammelstellen, bei denen die Steine und Kerne abgeliefert werden können, sind das südbische Gartenamt, Ettlingerstraße, das Gaswerk 1, Malzerallee, und die Gemeindefraktariate der Vororte.

Ablieferungszeit nachmittags von 3 bis 5 Uhr.
Bei den Sammelstellen werden bezahlt für:
Kirschen, Pfämen, Zwetschen, Reineclauden, Mirabellen- und Aprikosen-Steine 10 Pfg. für das Kg.
Kürbiskerne 15 Pfg. für das Kg.
Apfelsinen- und Zitronenkerne 35 Pfg. für das Kg.
Wir bitten die hiesige Bevölkerung im Interesse der Allgemeinheit, die Steine des verbrauchten Obstes nicht wegzuworfen, sondern zu sammeln und bei den genannten Sammelstellen abzuliefern.

Karlsruhe, den 18. Juni 1917.
Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Im städtischen Konzerthaus wurden im 2. Vierteljahr 1917 aufgefunden:

1 Damenschirm, 1 einzelner brauner Glacéhandschuh, 1 Ledertäschchen mit Schlüssel, 1 weißes Taschentuch, 1 Geldtäschchen mit 10 Pfg. Inhalt, 1 Brillenfutteral, 1 Opernglas.

Die Empfangsberechtigten werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte an den Fundstücken binnen drei Wochen beim städtischen Hauptsekretariat Rathaus 2. Stock, Zimmer 75 geltend zu machen, widrigenfalls das in § 979 B.G.B. bezeichnete Verfahren durchgeführt wird. 319

Karlsruhe, den 10. Juli 1917.

Das Bürgermeisteramt.

Eisendreher

für einfache Dreharbeiten.

Hilfsarbeiter, Hilfsarbeiterinnen

sofort gesucht. 2013

Geiger'sche Fabrik G. m. b. H.
Karlsruhe, Rüppurrstraße 66.

Soeben erschienen:

Frieden der Verständigung.

Vrede von Reichstagsabgeordneter **Willy Scheidemann**.
Gehalten in der Sitzung am 15. Mai
Angeleitet nach dem Stenogramm wiedergegeben.
Preis 10 Pfg. (nach auswärts 3 Pfg. Porto).
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volksfreund“, Karlsruhe,
Luisenstraße 24, Telefon 128.

Bei zeitweiliger Beurlaubung bis zu einem Monat sind die Familienunterstützungen allgemein weiterzugeben. Wiederholt der Urlaub einen Monat, so ist die Bedürftigkeitsfrage zu prüfen, die zu verneinen ist, wenn der Beurlaubte geeignete Beschäftigung zu übernehmen ablehnt. Bei Beurlaubungen bis zur Entlassung ist die Weiterzahlung regelmäßig vom Vorliegen der Bedürftigkeit abhängig zu machen. Die Halbmonatsrate, die nach der Entlassung als außerordentliche Unterstützung gezahlt wird, und die Dreimonatsrate, die nach § 9 der Verordnung vom 21. Januar 1916 bei Verwundung und Krankheit neben die Militärversorgungsgeldleistungen tritt, sind unabhängig von der Bedürftigkeit weiterzahlbar. Das gleiche gilt für die Weiterzahlung der Familienunterstützungen an die Hinterbliebenen auf die Dauer von drei Monaten. Für die über diese Zeit hinaus gezahlten Familienunterstützungen können nur die Rentenabzüge in Anspruch genommen werden, die den Berechtigten für die Zeit zustehen, für die sie bereits Familienunterstützung gezahlt erhalten haben. Dagegen dürfen laufende Renten nach dieser Zeit für die gezahlten Familienunterstützungen nicht einbehalten werden.

Die oben erwähnten Halbmonatsraten sind bei jeder Entlassung zu zahlen, bei wiederholter Entlassung also mehrfach. Für die Unterstützung nachgeborener Kinder, die an einem anderen Aufenthaltsort zur Welt gekommen sind, hat der Lieferungsverband einzutreten, der zur Unterstützung der übrigen Familienmitglieder des Wehrpflichtigen verpflichtet ist.

Auch nach dem Tode des Wehrpflichtigen kann noch Antrag auf Gewährung der Familienunterstützung für die Zeit gestellt werden, während der nach den Vorschriften des Gesetzes das Recht auf die Unterstützung fortbauert.

Arbeitgeberbeiträge können bei der Feststellung der Bedürftigkeit billigerweise nicht außeracht gelassen werden. Grundsätzlich soll aber die Gewährung der Mindestsätze nicht mit Rücksicht auf vorhandene Arbeitgeberbeiträge abgelehnt werden.

Für Kosten der Fürsorgeerziehung haben die Lieferungsverbände im Zusammenhang mit der Familienunterstützung nicht aufzukommen, da diese Kosten aus öffentlichen Mitteln bestritten werden und nicht als Armenunterstützung anzusehen sind.

Gebrüder Scharff

Kolonialwaren u. Weingrosshandlung, Telefon 741

Die Einlösung der abgeholten Käse-Gutscheine

erfolgt am **Donnerstag den 12. Juli** der unten verzeichneten Reihe nach in unserer Verkaufsstelle **Amalienstrasse 27**. Die Ausweiskarten für Lebensmittel müssen zum Abstempelein vorgezeigt werden. Jeder Inhaber eines Gutscheines erhält **eine Schachtel**

Camembert-Käse zu 77 Pfg.

Das Geld bitten wir abgezahlt bereit zu halten.

Nr. 3500-3599	nachmitt.	2-1/2 3 Uhr
" 3600-3699	"	1/2 3-3 "
" 3700-3799	"	3-1/2 4 "
" 3800-3899	"	1/2 4-4 "
" 3900-3999	"	4-1/2 5 "
" 4000-4099	"	1/2 5-5 "
" 4100-4199	"	5-1/2 6 "
" 4200-4299	"	1/2 6-6 "

321

Residenz-Theater, Waldstrasse.



Lisa Weise
Carl Beckersachs
Olga Engl :: Gustav Botz
in dem köstlichen Lustspiel
Carl und Carla

3 Akte von **Felix Stern**. — Regie: **Carl Wilhelm**.

Die weisse Göttin

Indisches Drama in 3 Akten
mit **Alice Joyel** in der Titelrolle.

Personen des Spiels:
Der Hohepriester. — Die weisse Göttin. — Ihr Schulkamerad. — Ein Indier. — Die Schulvorscherin. 318

Mittwoch, Donnerstag u. Freitag.



Palast-Theater
Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11

Nur bis einschl. Freitag!

Der Väter Erbe

Drama in 4 Akten.

Verfasst und inszeniert von

Ludwig Trautmann

Liebe in allen Ecken

Lastspiel in 3 Akten.

Spieleitung: **Franz Schmelzer**.

Einnachen ohne Zucker

Das wichtigste Hausfrauen- und Wirtschaftspraxisproblem beim gegenwärtigen empfindlichen Zuckermangel.

Frau Amtsrat **Rose Stoll** hat ein beliebtes Einmachebuch: Das Einmachen der Früchte und Gemüse sowie die Bereitung von Fruchtlikören, Gelees, Marmeladen, Obstweinen, Essig usw. nach neuesten Grundsätzen, vollständig neu bearbeitet von **Jobanna Schneider-Tonner**, lehrt durch

320 Einmache-Rezepte

wie man Früchte, Pilze, Gemüse usw. unter Vermeidung des dazugehörigen Zuckermangels und der Erhaltung des natürlichen Fruchtgeschmacks bei wirklich unbegrenzter Haltbarkeit einmachen soll und gibt auch zahlreiche erprobte Ratsschläge zur billigen und einfachen

Selbstbereitung von haltbarem Obstmus-Brotlaibchen

Der beste Beweis für den Wert und die Unentbehrlichkeit des reich illustrierten Buches bietet wohl die Tatsache, daß bereits

44.000 Exemplare in 10 Auflagen

verkauft sind. Der Preis des reichhaltigen Rezeptbuches beträgt nur **1 Mk.** Nach auswärts 15 Pfg. Porto.

Zu haben in der

Buchhandlung „Volksfreund“, Karlsruhe.

Stadt.

Vierordtbad

Versch. Kurbäder

Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder, Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heissluftkastenbäder etc.
Damenbadezeit: „Montag u. Mittwoch vormitt. 7 bis 1 Uhr und Freitag nachm. 3 bis 8 1/2 Uhr.“
Herrenbadezeit: „Alle übrige Zeit, Samstags bis abends 9 1/2 Uhr und Sonntags nur vormittags 7-12 Uhr.“

Stadtkonzert

Drapparate für Herd und Gas, Preis mit 5 Dörchen 18 Mk.
Entnahmungsapparate mit Kühlung, ohne Bezugsschein.
S. Jähner, Bruchsal
Neutorstraße 1.

Stelle gesucht.

Junges Mädchen, welches die Soprienschule mit Erfolg besucht, sucht Anfangsstellung bei Kleidermacherin, möglichst der Pfistadt. Gef. Anerbieten unter Nr. 314 an die Geschäftsstelle.

Laufjunge

für nachmittags sofort gesucht.
Rausch & Pester
Photogr. Atelier
Karlsruhe, Erbprinzenstr. 3.

Gesucht. Arbeiterinnen

werden fortwährend angenommen in der
Kumpen-Sortieranstalt
S. Rachmann
Durlach, Pfingststraße 28.

Stadt. Konzerthaus

Mittwoch, den 11. Juli
8 Uhr, zum erstenmal:
„Unter der blühenden Linde“.

Freitag den 13. Juli
8 Uhr
„Unter der blühenden Linde“.

Stadtbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Gehaltssteigerungen. Wilhelm Dollmeiß von hier, Karlsruhe, meißter hier, mit Emilie Böhringer von hier. Otto Durlach von Steinbach, Drogist hier, mit Anna Schneider von hier. Hermann Nath von Hühheim, Drechsler hier, mit Olga Schmidt von Hühheim. Ludwig Landmesser von Breiten, Justizaktuar hier, mit Emilie Mahler von hier. Emil Stand von Reußheim, Sanitätsrat alda, mit Anna Kraus von Kirchheim.

No. 1
Die Offen
geordneten
herbeige
eraten. No
dem Dunkel
wischen Ger
Preise des fe
kommene Gel
manlofen Ser
weiblich aus.
Der am S
noch keine En
Verhandlung
lann, obwohl
fände gegen
im Sinne der
preußischen
brechende Vo
er sich der E
nichts andere
weiblich aus.
Der Kamp
rung des par
Anchein, als
Reichsleitung
reicher Seite
möge der Eit
nichts in den
menghalt des
zu sichern, die
Kuppel brau
Berthmann
Begenheit dar
zugeben".
Einne geäuß
nichts unhalb
Kronrechte fin
für maßgeben
man solle der
systems nichts
Kofkes zu fest
a a t s m a n
Reichskanzler
redete.
Daß das
kann sein Zw
Reichsleitung
vertretung ist
Wenn nicht a
mit der Abfid
fortzuweihen.
sonstigen Op
währen erört
und dafür ge
schen Volkse
hört nicht nu
lenbe Willens
nur einen W
auf Unterdrü
nungen haben
auch eine Bef
Reichsleit
Wingenebe
rechtzeitig ab
eben können
und dadurch
heit für die
Der Sieg
Kofkes des R
wichtige Posit
in Anblich st
bewegung ein
Notwendig
främerei zu ro
hen Volke H
leit seinem W
entscheidender
wäre ein ver
überlebender
die ganze Zu
tion wieder
bart es kein
part!